

Kurt Koszyk

Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster (1873–1942)

Bei der Arbeit an seinem Buch über die sozialdemokratische Presse¹⁾ stieß der Verfasser wiederholt auf den Namen Carl Minster. Die rätselhafte Persönlichkeit dieses Mannes, der sich im 1. Weltkrieg aus seiner pazifistischen Grundhaltung heraus ganz der subversiven Agitation verschrieb, reizte zu einer detaillierteren Darstellung, als sie im »Handbuch des Vereins Arbeiterpresse« von 1914 in dürren Fakten gegeben wird²⁾: »Minster, Karl, geb. 25. 12. 1873 in Edenkoben (Rheinpfalz). Kaufmann. Seit 1913 Red. d. Niederrheinischen Arbeiterstimme³⁾ – 1899 bis 1901 Sekr. d. Ver. deutscher Gewerkschaften in Philadelphia (N.-A.) und Red. des Philadelphiaer Tageblattes, 1901 bis 1906 Red. d. Neuyorker Volksztg., 1904 bis 1912 Korrespondent d. Vorwärts, d. Leipziger Volkszeitung, d. Hamb. Echo u. d. Wiener Arbeiterztg., 1908 bis 1911 Mitgl. d. Kreisvorst. in Brooklyn.«

Nur der geringste Teil der obigen Angaben läßt sich überprüfen, besonders was die journalistische Tätigkeit Minsters in den USA und für die SPD-Organen in Deutschland und Wien betrifft. Die amerikanischen Blätter⁴⁾ standen nicht zur

¹⁾ Kurt Koszyk: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Heidelberg 1958.

²⁾ 3. Jg., Berlin 1914, S. 348.

³⁾ Richtig: Arbeiter-Zeitung.

⁴⁾ Vgl. Arndt-Olsen: German-American Newspapers and Periodicals 1732–1955. Heidelberg 1961, S. 406 und 574 f. Minster wird in beiden Fällen *nicht* erwähnt. Durch Vermittlung von Mr. Will Schaber (New York) erhielt d. Verf. folgende Stellungnahme von Mr. Selmar Schoken (New York):

»Ich kam im Sept. 1910 nach New York, fand bald in Brooklyn Arbeit, hörte auch von der N. Y. Volkszeitung und fand so meinen Weg zu einem Zweig der Socialist Party in Brooklyn. Das war im Brooklyn Labour Lyceum, damals ein lebhaftes Gewerkschafts- und Parteizentrum der fortschrittlich denkenden Arbeiter. Die spezifische Organisation war der 19. Assembly District »Socialist Party«, in der ich bald beobachtete, daß Carl

Fortsetzung S. 194

Verfügung und die deutschen enthalten, soweit sie eingesehen werden konnten, keine Autorenvermerke.

Im Department of State in Washington befindet sich eine Application for Passport, die Minster am 15. August 1940 dem amerikanischen Konsulat in Paris einreichte⁵⁾. Diesem Antrag sind weitere Einzelheiten zu entnehmen. Minster wanderte im November 1896 nach den Vereinigten Staaten aus. Nachdem er am 3. Juni 1905 in New York Helene Schumann, geb. am 10. Juni 1884 in Altona, geheiratet hatte, wurde er am 5. August desselben Jahres vom Federal Court in New York (Eastern District) als amerikanischer Bürger naturalisiert⁶⁾. 1912 kehrte er nach Deutschland zurück – angeblich wegen der schlechten Gesundheit seiner Frau. Mögliche Gründe für Minsters Rückkehr nach Deutschland finden wir auch in einer Anmerkung zu der deutschen Ausgabe von Upton Sinclairs »Der Sündenlohn«⁷⁾. Dort werden die um 1912 in der amerikanischen sozialistischen Partei geführten Auseinandersetzungen erwähnt, die den Ausschluß von Mitgliedern wegen revolutionärer Anschauungen aus dieser parlamentarisch-legalistisch orientierten Organisation zur Folge hatten.

Drei Paßbilder von Minster sind uns überliefert. Am 13. November 1918 unterzeichnete der Volkskommissar und Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn den Paß 01373 des amerikanischen Staatsangehörigen Carl Minster für eine auf höchstens drei Monate befristete Reise nach Holland⁸⁾. Der Inhaber wird darin als Schriftsteller, wohnhaft in Berlin-Lankwitz, Kaulbachstraße 38, bezeichnet. Seine Größe ist mit 1,76 m angegeben, das Haar als meliert, die Augenfarbe als braun und die Gesichtsform als breit. Das dazugehörige Bild zeigt einen älter als 45 Jahre erscheinenden Mann mit vollem Haar, randloser Brille und starkem herabhängenden Schnauzbart (à la Stalin würden wir heute sagen), der wie zur Tarnung gewählt wirkt. Jünger, schmaler und glattrasiert, mit etwas zu weitem Hemdkragen, präsentiert sich Minster auf dem französischen Sauf-Conduit

Fortsetzung v. S. 193

Minster und Ludwig Lore die tonangebenden Führer waren, aber nicht – in weiter Sicht scheint es, wohl niemals – am gleichen Strange zogen.

Es war 1911, ich war kaum 21 Jahre alt, und wie Sie sehen, dauerte es kaum ein Jahr, daß Minster, der frühere Redakteur und Lore, der damalige, gleichzeitig in diesem engen Kontakt waren, und heute habe ich nicht die geringste Ahnung, um was es ging, jedenfalls nicht um Prinzipien, sonst würde ich mich vielleicht noch daran erinnern. Abgesehen von dieser sehr kurzen Periode, habe ich nie wieder von Minster gehört.«

⁵⁾ Der Verfasser folgte einer Anregung von Frau Rose Frölich (Frankfurt a. M.), als er sich dieses Dokument über die National Archives in Washington verschaffte. Frau Frölich, geb. Wolfstein, arbeitete mit Minster im 1. Weltkrieg in Duisburg zusammen.

⁶⁾ In dem Dokument gibt M. Georg Minster, geb. in Roschbach (Bayern), und Margaret Sachs, geb. in Edenkoben (beide 1940 bereits verstorben), als seine Eltern an. In der Duisburger Akte (vgl. Anm. 16) heißt Minsters Mutter »Martha«, seine Frau Helene Schemann.

⁷⁾ Berlin: Malik 1929, S. 357 f.

⁸⁾ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 15 710.

Nr. 35 a (Passierschein) vom 17. Oktober 1919⁹⁾. Die Augen, offenbar kurz-sichtig, starren ein wenig lauernd in das Objektiv. Das scharfgeschnittene, von den Entbehrungen der damaligen Notjahre gezeichnete Gesicht verrät gespannte Intelligenz und ein leicht erregbares Temperament. Die dritte Aufnahme schließlich, dem erwähnten Pariser Antrag von 1940 ordnungsgemäß beigelegt und oben mit Charles Minster signiert, vermittelt den Eindruck eines gepflegten Intellektuellen mit Hornbrille und gestutztem Schnurrbart¹⁰⁾. Drei verschiedene Menschen also, möchte man fast meinen. Dieses Urteil über eine wandlungsfähige und im Prinzip sich doch stets treue Persönlichkeit wird der weiter zu schildernde Lebenslauf bestätigen.

Carl Minster arbeitete nach seiner Rückkehr nach Deutschland zunächst kurze Zeit für das Remscheider Kopfblatt der Solinger »Bergischen Arbeiterstimme«¹¹⁾. Im Januar 1914 wurde er Mitglied der Redaktion des Duisburger SPD-Organs »Niederrheinische Arbeiter-Zeitung«, die von 1906 bis 1912 als Kopfblatt der »Essener Arbeiter-Zeitung« erschien und nun verselbständigt worden war. Seine Kollegen waren der ehemalige Schriftsetzer Julius Schoch, ebenfalls Jahrgang 1873, und der um 14 Jahre ältere Wilhelm Thielhorn, der bis 1902 zehn Jahre lang Redakteur des »Volkswillen« in Hannover und bis 1907 Arbeitersekretär in Duisburg gewesen war. Während Thielhorn sich als Reichstags- und Landtagskandidat wohl nicht durch eigene Meinung hervortat, scheinen Schoch und Minster in dem vierten Redakteur, Karl Böchel, einen gleichgesinnten Marxisten und Pazifisten gefunden zu haben. Böchel wurde 1919 Nachfolger von Gustav Noske an der Chemnitzer »Volksstimme« und veränderte die Haltung dieser Zeitung radikal. Auch später blieb Böchel seinem Kollegen Minster geistig verbunden, als sich beide 1931 dem Kreis um die Zeitschrift »Klassenkampf« und der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) anschlossen. In diesem Geiste schrieben sie die »Niederrheinische Arbeiter-Zeitung«, was bis zum Tode Bebel's, ja bis zum 4. August 1914, bis zur Wendung der SPD zum »Burgfrieden« und zur Vaterlandsverteidigung, kaum Anstoß erregen konnte. Der Ausbruch des Krieges wurde deshalb, im Gegensatz zu den übrigen Parteiblättern an Rhein und Ruhr, für die Duisburger Zeitung zu einem Prüfstein.

Die »Niederrheinische Arbeiter-Zeitung« wurde bald mit dem »Vorwärts«, der »Leipziger Volkszeitung«, der »Bremer Bürger-Zeitung« zu den Organen der SPD gezählt, bei denen es dem Parteivorstand nicht sofort, d. h. im ersten

⁹⁾ a. a. O. Zur Benutzung der Eisenbahn Frankfurt–Mainz–Köln ausgestellt. Über die Kurzsichtigkeit Minsters vgl. auch »Der Kampf« Nr. 42 v. 9. 2. 1918.

¹⁰⁾ Der Eindruck trägt wohl nicht, obwohl das Bild nur in Negativ-Fotokopie vorliegt.

¹¹⁾ Daher rührt vermutlich der Fehler im Lebenslauf, den das Handbuch des Vereins Arbeiterpresse (s. Anm. 2 und 3) enthält. Vgl. auch Anm. 26. Der dort zitierte Bericht vermerkt, Minster habe bei seiner Rückkehr nach Deutschland sein amerikanisches Bürgerrecht verschwiegen. Er sei von 1912 bis Ende 1913 Vertreter von Wilhelm Dittmann an der »Bergischen Arbeiterstimme« in Solingen gewesen.

Kriegsjahr, gelang, sie durch Umbesetzung der Redaktion auf den offiziellen Kurs zu bringen¹²⁾). Minster unterstützte offensichtlich die Liebknecht-Gruppe, deren »Politische Briefe« des Spartakus seit Ende Januar 1916 erschienen¹³⁾), nachdem ihr Führer aus der Reichstagsfraktion der SPD ausgeschlossen worden war.

Der Geschäftsführer der Duisburger Parteizeitung, Wilhelm Müller, kündigte Minster und Schoch auftragsgemäß zum 1. Juli 1916. Am 3. April erschien Otto Braun als Vertreter des Parteivorstands in der Redaktion und forderte die Redakteure auf, ihre Stellung sofort zu verlassen. Die Pressekommission, der Firmenträger und die Duisburger Kreisorganisation wurden bei dieser Entscheidung übergangen, weil nur Widerspruch zu erwarten war, wie sich bald zeigte. Als Begründung wurde im »Vorwärts« vom 7. April angegeben, daß Minster und Schoch in ihrem Blatt seit Monaten alles unterdrückt hätten, was die Politik der Reichstagsfraktion in ihrer Mehrheit rechtfertigen konnte. Sie hätten die Duisburger Parteizeitung in den Dienst jener Gruppe der Parteioption gestellt, von der im Braunschweiger »Volksfreund« berichtet worden war, daß sie sich auf einer aus allen Teilen des Reiches beschickten Konferenz ein eigenes Programm gegeben habe. Die beiden Duisburger Redakteure hätten sich an der Verteilung eigener Beitragsmarken beteiligt¹⁴⁾).

Die ebenfalls oppositionelle »Leipziger Volkszeitung« stellte Vergleiche mit dem mehr als ein Jahr zurückliegenden Konflikt um die Stuttgarter »Schwäbische Tagwacht« an:

»Das Wesentliche ist die Vergewaltigung einer ganzen Parteimitgliedschaft durch den Parteivorstand dank seiner Finanzmacht, und die Aufklärung, die der Vorgang über die Art verbreitet, wie der Parteivorstand seinen Kampf gegen die Opposition zu führen gedenkt. Er will die brutale Gewalt anwenden.«

Während eine Vertrauensmännerversammlung in Duisburg dem Parteivorstand eine Beitragssperre androhte, »falls innerhalb 14 Tagen geregelte Verhältnisse nicht wieder eingekehrt und die gemäßregelten Redakteure nicht wieder eingesetzt sind«, erhob die Bezirksleitung Niederrhein der SPD zwar Protest, setzte sich aber gleichzeitig für die Parteieinheit und eine weitere Beitragsleistung ein. Die »Leipziger Volkszeitung« warnte ihre Duisburger Gesinnungsgenossen vor dem endgültigen Bruch, damit die Schuld an der doch unvermeidbaren Trennung schließlich dem Parteivorstand zufiel¹⁵⁾).

¹²⁾ Vgl. Koszyk, a. a. O., S. 44–58 u. ö.

¹³⁾ Vgl. Spartakusbriege. Berlin 1958.

¹⁴⁾ Koszyk, a. a. O., S. 72 f.

¹⁵⁾ Vorwärts, 14., 20. und 26. 4. 1916. Frau Rose Frölich erklärt in ihrem Schreiben vom 27. 10. 1960 an den Verf.: »Der Rückhalt in der Mitgliedschaft war gut. Minster hatte ein solides Wissen und war ein geschickter Redner und guter Debatter, so daß er seinen Standpunkt gut vertreten konnte. Durch die Einberufungen nach Ausbruch des Krieges hatte sich das Bild der Zusammensetzung der Mitgliedschaft stark verändert. Auf demokratische Weise hätte man ihn und Schoch, der Duisburger war, wohl nicht absetzen können.«

Am 21. Mai 1916 stimmte eine Wahlkreiskonferenz in Duisburg, an der Friedrich Ebert und Otto Braun ebenso teilnahmen wie die neuen Redakteure der »Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung« Klemens Hengsbach und Cäsar Weyers, der Entlassung von Minster und Schoch zu. Als Grund wurde angegeben, daß die beiden Entlassenen gemeinsam mit dem ehemaligen Kreisvorstandsmitglied Rosi Wolffstein zum Boykott der Duisburger Parteizeitung und zur Sperrung der Beiträge aufgerufen hätten. Wie der »Vorwärts« erst am 23. Mai 1918 meldete, waren im Zusammenhang mit diesem Konflikt nur 43 Duisburger Mitglieder aus der SPD ausgetreten.

Minster blieb unermüdlich im Kampf gegen die Parteimehrheit. Schon unter dem 16. Mai 1916 reichte er im Hinblick auf die Wahlkreiskonferenz bei der Polizeiverwaltung in Duisburg ein Probeexemplar vom »Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg« ein¹⁶⁾. Das Stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster erteilte drei Tage später die Druck- und Vertriebsgenehmigung mit der Auflage:

»Der Redakteur Minster hat einen Bürstenabzug vorzulegen, damit verglichen werden kann, ob die ihm heute telephonisch bereits übermittelten Änderungen vorgenommen worden sind. Des weiteren ist dem Redakteur Minster zu eröffnen, daß in Verfolg der Verfügung, wonach alle Druckschriften, welche nach dem 30. 4. 15 ihr Erscheinen begonnen haben, der Vorprüfung unterliegen, das »Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg« mithin auch...« Die erste Nummer erschien am 21. Mai 1916. Bis zur Nummer 14 vom 9. September 1916 zeichnete Carl Minster für Redaktion, Druck und Verlag (Duisburg, Mülheimer Straße 208) des »Mitteilungsblattes« verantwortlich. Ab Nummer 4 vom 1. Juli 1916 führte das Blatt den Titel »Der Kampf. Sozialistisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen«. Gleichzeitig ging es von der bis dahin halbmonatlichen zur wöchentlichen Periodizität über.

Das »Mitteilungsblatt« war direkt aus dem Duisburger Redaktionskonflikt entstanden und zur Wahlkreiskonferenz vom 21. Mai 1916 herausgegeben worden. »Der Kampf« dagegen sollte »die Genossen und Genossinnen allerorts zum Streite aufrufen gegen die Methoden, die in der sozialdemokratischen Partei eingerissen sind und die zur Preisgabe der sozialistischen Grundsätze und zur Niedertrampelpung der Demokratie geführt haben«. Engeres Verbreitungsgebiet blieben jedoch weiterhin die Wahlkreise Duisburg – Mörs/Rees – Mülheim – Hamborn – Oberhausen.

In der Nummer 2 des »Mitteilungsblattes« wird von der Sperrung der Parteibeiträge in Duisburg berichtet. Das sei »nur eine Episode in dem mit allen Macht- und Gewaltmitteln geführten Kampf des Parteivorstandes gegen jene Genossen, die mit der Politik der Fraktionsmehrheit, mit der Kreditbewilligung,

¹⁶⁾ Stadtarchiv Duisburg. Kriegsakten 1914–1915, Nr. 55. »Der Kampf« (Sozialdemokratisches Propaganda-Organ). A. I. F. I. Nr. 69 a Bd. I.

mit der Stellung zum Staate und zur Regierung, mit der Preisgabe des Klassenkampfes nicht einverstanden sind«. Die Kampfansage richtete sich persönlich gegen den Duisburger Parteisekretär Schluchtmann, der bis April 1916 Soldat war und bis dahin weiter von der Partei 180 Mark monatlich bezogen haben sollte. Ferner wird erwähnt, daß sich in Düsseldorf am 14. Mai 1916 eine Generalversammlung des Wahlkreisvereins der SPD gegen den Parteisekretär Franz Pokorny und die Verwendung von Parteigeldern im Sinne der Politik des 4. August 1914 gewandt habe. Ähnlich hatten sich schon am 9. April 1916 die Duisburger SPD-Filialleiter ausgesprochen, d. h. die Vorsitzenden der Ortsvereine, die den erweiterten Kreisvorstand bildeten. Sie sprachen damals der »Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung« den Charakter eines Parteiblattes ab. Zu welchen Konsequenzen die radikale Haltung Minsters führte, zeigt seine Stellungnahme in Nummer 4 des »Kampf« vom 1. Juli 1916 zum Fall des soeben wegen seiner Angriffe gegen Bethmann Hollweg nicht wieder bestätigten ostpreußischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp¹⁷⁾: »Wir treten für das Recht der freien Meinungsäußerung ein, auch das der Konservativen. Der Reichskanzler hat Dr. Kapps Eigenart aller Welt enthüllt. Wenn aber Männer wie er um ihre Stellung gebracht und wirtschaftlich geschädigt werden können, so enthält dieses Vorgehen eine Drohung an alle Beamten, die mit der Regierung nicht einverstanden sind.«

Die Tendenz des »Kampf« ist gekennzeichnet durch ständiges Eintreten für Karl Liebknecht und die Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands. Ihre theoretische Grundlegung war im April 1915 durch die von Franz Mehring und Rosa Luxemburg herausgegebene, aber sofort beschlagnahmte Düsseldorfer Zeitschrift »Die Internationale« erfolgt. Danach gehörten zu ihren Hauptorganen die »Lichtstrahlen« von Julian Borchardt (seit September 1913), die Bremer »Arbeiterpolitik« (seit 17. Juni 1916) und Parteizeitungen in Stuttgart, Bremen und Braunschweig. Im Oktober 1916 übernahm Carl Minster auch die Redaktion des Braunschweiger »Volksfreundes«.

Charakteristisch für die Zersplitterung in der Opposition war etwa ein Angriff des »Kampf« gegen Georg Ledebour, der einer der führenden Organisatoren der USP war. Die Nummer 9 des »Kampf« vom 5. August 1916 schreibt: »Es ist merkwürdig, daß Ledebour, der in der Ablehnung der Kriegskredite durch Liebknecht nur einen Heiterkeitserfolg sieht, ein Jahr später trotz des allgemeinen Gelächters des Reichstags ebenfalls die Kredite ablehnt und wegen des Streites über die Kreditfrage es auf den Hinauswurf aus der sozialdemokratischen Fraktion ankommen läßt.«

Ab Nummer 14 des »Kampf« vom 9. September 1916 werden Schrader und Beckers in Duisburg als für den Druck verantwortlich benannt. Wie aus der

¹⁷⁾ Vgl. Wolfgang Kapp: Die nationalen Kreise und der Reichskanzler. Denkschrift. Königsberg 1916.

folgenden Nummer vom 16. September hervorgeht, war Minster angeklagt worden, sich fälschlich als Drucker bezeichnet zu haben. Die mitangeklagten Drucker Schrader und Beckers wurden wie Minster freigesprochen, weil sie vermutlich in einem Rechtsirrtum gehandelt hatten. Ab Nummer 20 erscheint nur noch Schrader als verantwortlicher Drucker.

»Der Kampf« schildert bis zum Ende 1916 die Entwicklung der Spaltung in der SPD, besonders aus den oppositionellen Bezirken am Niederrhein, in Bremen, Braunschweig, Berlin und Sachsen. Seinen eigenen Standort umschreibt das Blatt mit einer Äußerung von Käthe Duncker auf der Reichskonferenz in Berlin im September 1916: »Diesem Parteivorstand gegenüber wäre *Disziplin ein Verbrechen*. Wir wollen eine Internationale schaffen, die imstande ist, die Wiederholung solcher entsetzlichen Kriege zu verhindern¹⁸⁾.« Scharf verurteilt wird auch der Kurs der Generalkommission der Gewerkschaften unter Carl Legien. Die letzte von Minster betreute Nummer (43) des Duisburger »Kampf« erschien am 31. März 1917. Der Leitartikel von dem pseudonymen Verfasser Gracchus, einem der Führer der Gruppe »Internationale«, spricht von der »Schicksalsstunde der Partei«. Gemeint war damit die künftige Politik der Opposition. Der Autor erteilte eine Absage an das innerparteiliche demokratische Prinzip des Mehrheitswillens: »Zwischen den beiden Richtungen der Opposition . . . : der Richtung der ‚Internationale‘ und der Arbeitsgemeinschaft handelt es sich nicht um zwei ihrem Wesen nach verschiedene Parteien und deren reinliche Scheidung, sondern um verschiedene historische Tendenzen der modernen Arbeiterbewegung im ganzen. Welche Tendenz Oberhand gewinnt, hängt vom jeweiligen Verhalten der Massen und dieses von dem Gang der Ereignisse und der weiteren Entwicklung der Dinge, nicht aber davon ab, unter welchem der beiden Banner heute mehr Mitglieder organisiert sind¹⁹⁾.«

Obwohl Minster am 16. Oktober 1916 nach Braunschweig verzog²⁰⁾ – damals soll der »Kampf« eine Auflage von 1800 Exemplaren gehabt haben –, scheint er bis zuletzt die Redaktion des Duisburger Organs beeinflusst zu haben. Der Braunschweiger »Volksfreund« hatte schon unter seinen Vorgängern August Thalheimer und Sepp Oerter den Ruf, »verflucht wenig« mit einem sozialdemokratischen Blatt zu tun zu haben, wie Philipp Scheidemann es am 18. August 1916 auf der Sitzung des Parteiausschusses der SPD formulierte. Ob die mit Schreiben vom 11. Dezember 1916 durch das Stellvertretende Generalkom-

¹⁸⁾ »Der Kampf« Nr. 18 vom 7. 10. 1916. Vgl. auch Nr. 29 vom 23. 12. 1916. Duisburg-Berlin-Bremen. »Der Kampf« druckte häufig Beiträge aus der »Bremer Bürgerzeitung«, der »Arbeiterpolitik« und der »Leipziger Volkszeitung« nach. Von Franz Mehring erschienen Aufsätze in Nr. 10, 11, 19 und 20, von Gracchus in Nr. 31, 34 und 43.

¹⁹⁾ Vgl. auch Koszyk a. a. O. S. 94. Das Pseudonym Gracchus benutzte Rosa Luxemburg.

²⁰⁾ Deutsches Zentralarchiv (DZA) Merseburg, Rep. 77 Zentralbüro S. 249 VII Bl. 107.

mando in Münster verfügte Aufhebung der Vorprüfung des »Kampf« durch den Ortswechsel Minsters begründet war, ist nicht nachzuweisen²¹⁾.

Der erste Parteitag der USP fand vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha statt. Zu dieser Zeit tobten in Braunschweig heftige Kämpfe um den Besitz des »Volksfreundes«. Sie endeten mit der Entlassung Minsters sowie des Geschäftsführers und dritten Mitgesellschafters Karl Stegmann, der von seinen beiden Kollegen überstimmt wurde, obwohl er seit 1890 an dem Blatt tätig war. Die Setzerei wurde von den Anhängern der Entlassenen verwüstet. Am 10. April 1917 meldete der »Vorwärts«, das Braunschweiger Blatt sei wieder SPD-Organ.

Für Minster bedeutete die Entlassung, daß er nunmehr dem Zugriff der Militärbehörden ungeschützt ausgesetzt war. Da er die Tatsache seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft offenbar nicht betonte, um sich nicht einem Verbot jeder politischen Tätigkeit auszusetzen, erhielt er sofort einen Gestellungsbefehl. Andererseits hätte ihm nach dem Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 ohnehin die Internierung gedroht. Am 11. April 1917 teilte die Polizeiverwaltung Duisburg dem Stellvertretenden Generalkommando in Münster mit: »Der Redakteur Minster . . . hat dem ihm ausgestellten Gestellungsbefehl zur Einstellung ins Heer nicht Folge geleistet, ist vielmehr nach Mitteilung seiner Frau nach Holland geflüchtet. Die Frau Minster ist nach Hamburg verzogen. Für die Redaktion und den Verlag des »Kampf« zeichnet der Fabrikschlosser Ernst Schmidt²²⁾.«

»Der Kampf« in Duisburg endete mit Nummer 52 am 1. Juni 1917 durch Verbot. Am 5. Juni wurde die Druckerei Schrader in Duisburg durchsucht. Die vorgefundenen 180 Exemplare der Nummer 52 und ein Korrekturbogen zur Nummer 53 fielen der Beschlagnahme. Der Drucksatz wurde unbrauchbar gemacht. Die Unterdrückung der Zeitschrift wurde mit dem Artikel »Friedrich Adler« begründet, in dem die Behörden »eine Verherrlichung dieses Mörders des Grafen Stuergh« erblickten. Da die Mordtat als »nachahmenswertes Muster« hingestellt worden wäre, handelte es sich um »eine Aufreizung schlimmster Art gegen die öffentliche Rechtsordnung«.

Die »Vossische Zeitung« (Nr. 342) vom 7. Juli 1917 (S. 3) zitierte unter der Überschrift »Ein Landesverräter« die sozialdemokratische »Internationale Korrespondenz« und gab damit erstmals der Öffentlichkeit Kenntnis von Minsters Aktivität in Holland: »Herr Carl Minster, den der Parteivorstand aus der Duisburger Partei-Redaktion entfernen mußte, weil er ausschließlich für die Zersplitterung der Arbeiter wirkte, hat sich, als ihm die Einberufung zum Heere

²¹⁾ Stadtarchiv Duisburg a. a. O. Zum folgenden Sozialdem. Partei-Korr. 18. 10. 1919.

²²⁾ Stadtarchiv Duisburg a. a. O. Schmidt, geb. am 19. 10. 1881 in Uebad bei Salzwedel, war im Jahre 1907 nach Duisburg gekommen. Die Polizei vermerkte eine Verurteilung »wegen Betruges« aus dem Jahre 1910 zu 30 Mark Geldstrafe, ohne die näheren Umstände anzugeben. Die Nr. 44–52 des Duisburger »Kampf« sind nicht überliefert.

winkte, nach Holland begeben und setzt dort seine ‚volksaufklärende‘ Tätigkeit fort. Er gibt in Amsterdam ein kleines Wochenblättchen ‚Der Kampf‘ heraus, in dem er Elendsbilder aus Deutschland malt und dadurch die Kriegshetzer in England und Frankreich ermuntert, den Krieg fortzusetzen. In der neuesten Nummer vom 30. Juni schreibt er zum Beispiel, was gegenwärtig in Deutschland vor sich gehe, sei ein bethlehemitischer Kindermord in größtem Umfange. Wie lange werden die deutsche Arbeiterschaft und der deutsche Soldat das langsame Hinschlachten ihrer Kinder mit ansehen, und zum Beweis der ‚wühlenden Hungersnot‘ erzählt er: ‚Nicht einmal mehr die gekochten Kartoffelschalen gibt es, die noch im Vorjahre das Frühstück vieler Kleinen bildeten.‘ Mit diesen und ganz ähnlichen Angaben geht es über drei Spalten. Hier hat sich einer der Spartakus-Leute vom sicheren Bord des neutralen Auslandes aus offen als Landesverräter entpuppt.«

In einer Niederschrift der Duisburger Polizei vom 19. Oktober 1917 wird Minster als preußischer Staatsangehöriger bezeichnet, der dem ungedienten Landsturm angehöre. Seine Ende März ohne Paß unternommene Reise nach Holland veranlaßte das Kgl. Bezirkskommando, ein Verfahren wegen Fahnenflucht zu eröffnen. In Duisburg war inzwischen ein Exemplar der in Amsterdam erscheinenden Druckschrift »Der Kampf« aufgetaucht, deren erste Nummer das Datum vom 28. April 1917 trägt. Gegen den Duisburger Einkassierer Ewald Kemper schwebten deshalb Verhandlungen wegen Landesverrats²³⁾. Außerdem war bei der Oberreichsanwaltschaft Leipzig gegen August Leonhard aus Düsseldorf ein Landesverratsverfahren wegen Mitarbeit am Amsterdamer »Kampf« anhängig. Der Kriminalkommissar Schmitz in Sterkrade berichtete bereits am 21. September 1917, daß »Der Kampf« aus Amsterdam »bis vor etwa 8 Wochen von dem Bergmann Josef Stachowiak aus Oberhausen in ungefähr 10 Exemplaren an mehrere Bergleute« der Zeche Sterkrade verteilt worden war. Stachowiak sollte die Zeitschrift aus Duisburg erhalten haben.

Eine Woche später meldete der Kriminalsergeant Bratzheim aus Duisburg: »Zeitungsbote Gerhard Schöpfer, Oststraße 2²⁴⁾, bezieht den von Minster in Amsterdam herausgegebenen ‚Kampf‘. Auf welchem Wege der ‚Kampf‘ nach hier gelangt, ist nicht bekannt. Schöpfer soll gegebenenfalls durch Geldversprechung ersucht werden, hierüber Auskunft zu geben.« Das Stellvertretende Generalkommando in Münster meinte dazu: »Soweit in Verbindung mit geeigneten und durchaus zuverlässigen Vertrauenspersonen hat festgestellt werden können, scheinen die Exemplare . . . durch Mittelspersonen eingeschmuggelt, in das Gewerkschaftshaus von Arthur Marks, Feldstraße 9, geschafft und dort in ver-

²³⁾ Die mit Az. I 2-2145/17 genannte Akte konnte im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf nicht ermittelt werden. Kemper wurde auch der Verteilung der Spartakusbriefe überführt.

²⁴⁾ Eine Streifbandsendung aus Amsterdam mit einer Seite der »Leipziger Volkszeitung« vom Dezember 1917, die an Schöpfer adressiert ist, befindet sich im Stadtarchiv Duisburg.

traulicher Weise verteilt zu werden. Marks selber ist radikaler Sozialist.« Da Schöpfer von verbissener und radikaler Gesinnung sei, wäre es »durchaus nicht tunlich«, ihm Geldversprechungen zu machen.

Einer Niederschrift Bratzheims vom 5. Januar 1918 ist zu entnehmen: »Soweit wie mein Vertrauensmann hat feststellen können, kommen die verbotenen Zeitschriften pp auf alle Fälle über den Parteisekretär Kunisch²⁵⁾ aus Düsseldorf nach hier. Hier soll Kemper nach wie vor die Verteilung derselben in der Hand haben. Wie der Vertrauensmann weiter sagt, kommen scheinbar nur wenige Exemplare des Kampfs nach hier bzw. sind nur wenige bis zur kürzlich erfolgten Festnahme des Minster nach hier gekommen. Bestimmtes hat er jedoch auch bisher nicht erfahren können und wird er, da Kemper und seine Helfer sehr vorsichtig sind, seine Beobachtungen in geeigneter Weise fortsetzen.«

In Berlin war man über Minsters Flucht und Tätigkeit in Holland besser unterrichtet, als es die mühsamen Ermittlungen der Duisburger Polizei vermuten lassen. Das geht aus einem 39 Seiten langen Geheimbericht des stellvertretenden Generalstabs der Armee Abt. III B hervor, deren Leiter jener bekannte, für die deutsche Abwehr und Kriegspropaganda verantwortliche Oberst Walter Nicolai war. Der Bericht, der mit »v. Roeder« gezeichnet und am 1. April 1918 datiert ist, wurde dem Polizeipräsidium in Berlin durch das Oberkommando in den Marken am 8. Mai 1918 zugestellt, offenbar im Zusammenhang mit den vorgesehenen gerichtlichen Maßnahmen gegen den am 11. Dezember 1917 an der holländischen Grenze von deutschen Agenten festgenommenen Minster²⁶⁾.

Als Datum für die Flucht Minsters nach Holland wird der 31. März 1917 genannt. In Holland sei er sofort von der SDP, die mit der USP verglichen wird, aufgenommen und von David Wijnkoop so tatkräftig unterstützt worden, daß er bereits am 28. April den »Kampf« herausgeben konnte, der den Untertitel »Revolutionär – Sozialistisches Wochenblatt. Organ der deutschen Kampfgruppen in Holland« erhielt. Durch Wijnkoop sei Minster auch mit den anderen Führern der SDP, Van Ravesteyn und Pannekoek, bekanntgeworden. Henriette Roland Holst habe den »Kampf« anfangs mit Geld unterstützt²⁷⁾.

²⁵⁾ Franz Kunisch, geb. 29. 4. 1862, Schreiner, war seit 1909 Arbeitersekretär in Düsseldorf. Vgl. Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914, S. 351.

²⁶⁾ Der Bericht wurde dem Verf. auszugsweise am 11. 1. 1961 durch das Brandenburgische Landeshauptarchiv zur Kenntnis gebracht. Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Tit. 95 Sect. 7 Lit. H Nr. 4 Bl. 83–104. Es ist zu vermuten, daß eine Mikroverfilmung nicht genehmigt wurde, weil der Bericht Angaben über Wilhelm Pieck, den ersten Präsidenten der DDR, enthält, der aus dem deutschen Heer desertiert war.

²⁷⁾ Vgl. Proost, K. F.: Henriette Roland Holst in haar strijd om gemeenschap. Arnhem 1937. Der hier zitierte Bericht wird ergänzt durch einen ebenfalls von der Abt. III B am 30. 4. 1917 an das Kriegsministerium erstatteten Bericht und eine Aufforderung vom 4. 8. 1917 an das Reichs-Postamt. (DZA Merseburg, Rep. 77 Tit. 949 Nr. 15 Bl. 234, 299 f. Fortsetzung S. 203

In kurzer Zeit sei es Minster, kraft seiner besonderen Begabung als politischer Schriftsteller, Redner und Organisator, gelungen, die Gegensätze, die unter den verschiedenen revolutionären Gruppen in Holland bestanden, auszugleichen und ihre Kräfte zu einheitlich geführtem hartnäckigem Kampf gegen die innere deutsche Front zu sammeln. Er trat sogleich in die engsten Beziehungen zu dem von Deserteuren gebildeten Verein »Freie Arbeiter« und besonders zu dem »Arbeiterbildungsverein deutscher Zunge«, den er in kurzer Zeit zu einem rein politischen Verein umbildete mit dem ausgesprochenen Zweck, alle deutschen Fahnenflüchtigen zur Herbeiführung der Revolutionierung Deutschlands zu vereinen und mit ihrer Hilfe revolutionäre Flugschriften und sonstige revolutionäre Literatur nach Deutschland einzuführen.

Auch auf den »Bildungsverein jüdischer Arbeiter« übte Minster binnen kurzer Zeit einen bestimmenden Einfluß aus. Mit seiner Unterstützung verbreitete Minster den »Kampf« unter den deutschsprechenden Russen und antideutsche Flugblätter unter der holländischen Arbeiterbevölkerung, die wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit solchen Parolen zugänglich war. Jeder der zahlreichen revolutionären Vorträge, die Minster allerorten hielt, wurde von den Mitgliedern dieses Vereins besucht, und der Inhalt und die Schlagworte seiner Reden waren schnell weiterverbreitet. Ebenso verstand es Minster, die »Lettische Vereinigung« für die Ausbreitung seiner gegen Deutschland geäußerten revolutionären Propaganda zu benutzen.

Außerdem bildete sich aus den Anhängern Minsters eine neue Vereinigung, die »Freien Leser des Kampfes«, die in fast allen Städten Hollands vertreten waren. Endlich schloß Minster seine Gesinnungsgenossen deutscher Staatsangehörigkeit zu einer »deutschen Sektion« der SDP zusammen. Die Mitglieder der »Freien Leser des Kampfes« wie der deutschen Sektion der SDP gehörten gleichzeitig anderen revolutionären Vereinen an, so daß Minster mit ihrer Hilfe besonders erfolgreich für die Ausbreitung seiner Ideen wirken konnte.

Er versuchte mit allen Mitteln, seine Flugblätter und vor allem den »Kampf« nach Deutschland einzuschmuggeln. Waren seine revolutionären Schriften erst einmal über die Grenze gebracht, so konnte er bei seinen vielfältigen Beziehungen zu den deutschen radikalen Kreisen sicher sein, daß sie sehr schnell an eine große Schar von Gesinnungsgenossen weitergegeben würden. Bezeichnend war eine Rede, die der deutsche Fahnenflüchtige Willy Schönbeck aus Berlin, einer der Nachfolger Minsters in der Redaktion des »Kampfes«, in einer Versammlung der SDP in Rotterdam hielt, um gegen die Festnahme Minsters und den gegen

Fortsetzung von S. 202

und 278 f.) Danach wurde »Der Kampf« »in Paketen deutscher Zeitungen befördert, welche postlagernd von Amsterdam nach Bentheim geschickt und dort abgeholt werden«. Da die Post kein Kontrollrecht über verschlossene Sendungen hatte, verwies sie an die Zollbehörden. Die Praxis entsprach etwa der heute gegenüber Postsendungen aus der DDR und Westberlin geübten.

ihn erhobenen Vorwurf der Spionage Einspruch zu erheben. Schönbeck sagte u. a. folgendes: Nicht wegen Spionage sei Minster nach der holländisch-deutschen Grenze gegangen, sondern um revolutionäre Schriften, besonders seine Zeitschrift »Der Kampf«, nach Deutschland zu bringen, die dort verbreitet werden sollten. Man sage, Minster sei leichtsinnig gewesen, er hätte nicht an die Grenze gehen sollen, überhaupt nicht ohne Begleitung. Aber wie sollte die Verbreitung der Flugblätter in Deutschland anders geschehen? Täglich gehen wir an die Grenze, um unsere Flugblätter nach Deutschland zu bringen. Könnte man denn, verfolgt von deutschen Spitzeln, mit Begleitung gehen? Man ginge geheim an die Grenze und werde von treuen deutschen Genossen empfangen, denen man »unsere Sachen« übergebe. Sämtliche sozialrevolutionären Parteien in Holland schickten ihre Leute an die Grenze, um dort Flugblätter zu verbreiten.

Wörtlich heißt es in dem hier zitierten Bericht vom 1. April 1918 weiter: »Was Minster anlangt, so hat er nachgewiesenermaßen durch die jetzt festgenommenen Fahnenflüchtigen Rohbach und Simon den »Kampf« nach Deutschland einschmuggeln lassen und mit dem jetzt in Schutzhaft befindlichen Schneider Grohmann aus Hamborn ein Abkommen getroffen, wonach Grohmann den »Kampf« nach Deutschland bringen und als Belohnung hierfür Gummi dem (gemeint ist »zum« K. K.) Schmuggeln erhalten sollte. Rohbach hat überdies noch zugegeben, den »Kampf«, der besonders nachdrücklich unter den Bergarbeitern der holländischen Grenzprovinz Limburg verbreitet worden ist, durch holländische Arbeiter im kleinen Grenzverkehr und durch Nahrungsmittelschmuggler nach Deutschland gebracht« zu haben.

Der Berichterstatter behauptete, Minster hätte auch Beziehungen zu englischen Agenten (Tinsley) in Rotterdam und zur Gesandtschaft der Vereinigten Staaten im Haag gehabt²⁸⁾. »Nach alledem kann es keinem Zweifel unterliegen, daß hinter Minsters gegen Deutschland gerichtete revolutionäre Tätigkeit feindliches, in der Hauptsache englisches Geld gestanden hat. Soviel ist jedenfalls sicher, daß der »Kampf«, dessen Abonnentenzahl Minster selbst nur auf 1800 angegeben hat, bei einem vierteljährlichen Bezugspreis von 50 Cent nicht ohne sonstige Unterstützungen hätte bestehen können. Minster behauptet zwar, von Gesinnungsgenossen gelegentliche Zuwendungen für seine Zeitschrift erhalten zu haben, aus Minsters eigenen Angaben ist jedoch zu entnehmen, daß die Zuwendungen nicht sehr hoch gewesen sein können. Dagegen soll sich Tinsley für die Gründung des »Kampfes« lebhaft interessiert und Minster 100 Gulden wöchentliche Unterstützung zugesagt haben, ferner sollen gleich nach Erscheinen des »Kampfes« von englischer Seite 9000 Postabonnements bestellt worden sein.«

²⁸⁾ Wir zitieren so ausführlich, weil die erhobenen Vorwürfe 24 Jahre später in dem Verfahren gegen Minster vor dem Volksgerichtshof eine große Rolle spielen sollten. Die Version, Minster habe Beziehungen zum englischen Geheimdienst gehabt, wurde auch vom Wolffschen Telegraphenbureau verbreitet. Vgl. »Het Volk«, 16. 1. 1918.

Uns liegt eins der Flugblätter vor, die als »Beilage der sozialdemokratischen Zeitung ›Der Kampf‹, Amsterdam, Quellijnstraat 15 huis«, verbreitet wurden. Es weist unter der Überschrift »Wie lange noch?« auf die verzweifelte militärische Lage Deutschlands hin und auf den drohenden fünften Kriegswinter und schließt u. a. mit dem revolutionären Appell: »Noch ist Deutschland der stärkste Hort der Reaktion. Ihr könnt es ändern, wenn Ihr wollt. Mit Rußlands Freiheitskämpfern Arm in Arm gehörte Euch die Welt. Die Waffen senkten sich und die Menschenbrüder fielen sich erlöst in die Arme.«

Der Amsterdamer »Kampf« berichtete am 22. Dezember 1917 in Nummer 35 vom Verschwinden Carl Minsters. In Nummer 11 vom 7. Juli und dann immer wieder hatte das Blatt vor den Spitzeln gewarnt, und nun war Minister offenbar selbst in eine Falle gegangen. Die Nummer 36 nannte das, was geschehen war, am 29. Dezember einen »schamlosen Schurkenstreich«²⁹⁾. Hören wir zunächst, wie der Geheimbericht des Stellvertretenden Generalstabs vom 1. April 1918 die Vorgänge schilderte:

»... die gesamte deutschfeindliche revolutionäre Bewegung in Holland (erlitt) durch die am 11. Dezember 1917 bei Nievelstein erfolgte Festnahme Minsters einen überaus empfindlichen Schlag. Wie hoch die Feinde Deutschlands diesen Verlust selbst einschätzten, ist aus den zahllosen Veröffentlichungen der deutschfeindlichen Presse über den Fall Minister ersichtlich, in denen gegen Deutschland in der unerhörtesten Weise mit der Behauptung gehetzt wird, Minister sei auf holländischem Boden unter Verletzung der holländischen Neutralität von deutschen Spitzeln hinterrücks überfallen und auf preußisches Gebiet verschleppt worden. Daneben wird fast in allen Auslassungen immer wieder auf Minsters Bedeutung für die sozialrevolutionäre Bewegung hingewiesen. Der Fall Minister hat auch die 2. holländische Kammer beschäftigt. Der Abgeordnete von Hameln³⁰⁾ brachte eine Interpellation über die angebliche Verschleppung Minsters

²⁹⁾ Frau Rose Frölich berichtete dem Verf.: »Über die Umstände seiner Entführung kursierte damals, daß (ihn) eine Dame von sehr zweifelhaftem Ruf, zu der er in der Duisburger Zeit Beziehungen hatte und die im Krieg sich auch als Agentin für die Polizei und Militärbehörden betätigte, ihm in Holland nachstellte und ihn in eine Falle lockte. Sie schlug ihm ein Stelldichein in der Nähe der holländisch-deutschen Grenze vor. Hierauf ging er ein, wurde dabei überfallen und über die Grenze nach Deutschland geschleppt und gleich nach Berlin transportiert, dort in Untersuchungshaft gesteckt. Ich glaube, er saß in Moabit. Über das Ungesetzliche der Verhaftung wurde die amerikanische Gesandtschaft in Holland sehr schnell informiert (vielleicht hatte er über sein Abenteuer einen oder einige vorher informiert oder nur gesagt, daß er an die Grenze fahre), jedenfalls wurde wegen seiner Verschleppung auf diplomatischem Wege protestiert und seine Freilassung mit der Begründung seiner amerikanischen Staatsangehörigkeit gefordert. Dieser Schritt hat ihm zweifellos damals das Leben gerettet. Er wurde zwar nicht freigelassen, aber es wurden ihm Erleichterungen gewährt, er wurde wie ein politischer Häftling behandelt. Die Revolution im November 1918 brachte ihm die Freiheit.«

³⁰⁾ Gemeint ist der Abgeordnete van Hamel. Nach Auskunft des Ministerie van Buitelandse Fortsetzung S. 206

ein, die vom Justizminister dahin beantwortet wurde, daß er eine Klarstellung über die Einzelheiten der Festnahme Minsters auf diplomatischem Wege veranlassen werde. Die niederländische Regierung hat sich dann auch unter dem Druck der radikalen SDP an die deutsche Regierung um Aufklärung gewandt. Die hierauf vernommenen Soldaten von der deutschen Grenzwahe Nievelstein haben jedoch übereinstimmend bekundet, daß Minster erst diesseits des Grenzflusses festgenommen worden ist, so daß die holländische Neutralität nachweislich nicht verletzt worden ist.«

»Der ›Kampf‹ wird zwar nach der Festnahme Minsters von den deutschen Fahnenflüchtigen Ochel, Triebel und Schönbeck fortgesetzt. Minster zu ersetzen, ist ihnen aber nicht gelungen.«

»Seine geistige Schärfe und die politische und journalistische Durchbildung, die er sich in seiner langen Tätigkeit . . . erworben hat, fehlen seinen Nachfolgern durchaus. Daß durch seine Festnahme sowohl der ›Kampf‹ wie überhaupt die gesamten (!) einseitig gegen Deutschland gerichtete revolutionäre Bewegung in Holland des Führers beraubt worden ist, erkennt man besonders deutlich aus dem Verlauf der am 30. Dezember 1917 in Amsterdam stattgehabten Landeskongferenz der deutschen Sektion der SDP. Der Gedanke, durch gemeinsame Beratungen der über das ganze Land verteilten deutschen Einzelgruppen der SDP die Einheitlichkeit der Parteitaktik der deutschen Sektion der SDP zu gewährleisten, stammte von Minster. Trotzdem nahm die Landeskongferenz bei dieser ersten Beratung gegen ihren früheren Führer scharf Stellung. Sie tadelte seine und seiner Zeitschrift Richtung, weil sie einseitig für die Entente eingetreten sei, und beschloß, den ›Kampf‹ zu reformieren.«

Auf schriftliche Anfrage des Abgeordneten van Hamel antwortete der niederländische Justizminister Ort am 23. Januar 1918 brieflich, daß Minster am 11. Dezember 1917 bei Eygelshoven über die niederländische Grenze, die durch den Fluß Worm (Wurm) gebildet wird, geschleppt worden war. Minster scheine durch eine damenhaft gekleidete Frau erwartet und dann durch zwei Männer verschleppt worden zu sein, die aus einem Hause an der Grenze kamen. Minster sei sofort durch deutsche Grenzwaichen festgenommen worden.

Es handelte sich also eindeutig um eine Grenzverletzung von deutscher Seite. Dies wird auch durch die Gründe zum Todesurteil des Volksgerichtshofs vom 27. Juli 1942 gegen Minster deutlich³¹⁾. Dort heißt es: »Im Dezember 1917

Fortsetzung von S. 205

Zaken Afdeling Post en Archiefzaken, s'Gravenhage, 13. 2. 1961, wurden in der Zweiten Kammer einige schriftliche Anfragen, keine eigentlichen Interpellationen, von den Abgeordneten van Hamel und van Ravesteyn eingebracht. Vgl. auch »Het Volk« vom 25. 1. 1918.

³¹⁾ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Gestapoakte Nr. 30 616 Bl. 12. Aus der Gestapoakte Nr. 8692 Bl. 15 und 35 f. geht hervor, daß bei der Voruntersuchung gegen Minster 1942 der Fortsetzung S. 207

gelang es der deutschen Polizei, den Angeklagten in der Nähe der holländischen Grenze festzunehmen und nach Deutschland zu überführen« – eine Formulierung, die dem Rechtsempfinden eines nationalsozialistischen Gerichts offenbar nicht anstößig erschien, während die Behörden des kaiserlichen Deutschlands noch um Verfälschung der Tatsachen bemüht gewesen waren.

Sofort erregte die Entführung Minsters großes Aufsehen, besonders in Holland. Die Zeitung der Arbeiterpartei »Het Volk« berichtete über die Affäre vom 18. Dezember 1917 bis zum 30. Januar 1918 teilweise an hervorragender Stelle. »Het Volk« hob die Rechtswidrigkeit des deutschen Vorgehens hervor und brachte durch Erwähnung der Bemühungen der ebenfalls in Amsterdam wohnenden Frau Minster eine menschliche Note in die Berichterstattung. Zweifellos wurde der Vertrieb des »Kampfes« in Deutschland durch Minsters Verhaftung stark beeinträchtigt. Die Duisburger Polizei stellte am 19. März, 26. Juli und 2. November 1918 fest, daß weitere Exemplare der Zeitschrift nicht mehr aufgetaucht waren.

»Der Kampf« stellte sein Erscheinen mit Nummer 29 vom 13. November 1918 ein. Seiner letzten Redaktion gehörte außer den schon Genannten Wilhelm Pieck (Berlin) an. Die insgesamt 82 Nummern des »Kampfes« sind eine wichtige Quelle zur Vorgeschichte der KPD. Unter den Verfassern von gezeichneten Beiträgen sind Franz Mehring, Eduard Bernstein, Willi Münzenberg, Klara Zetkin und Karl Radek zu nennen. Noch werden diese divergierenden Kräfte durch den gemeinsamen Kampf gegen das kaiserliche Deutschland und den deutschen Militarismus zusammengehalten³²⁾.

Wilhelm Pieck scheint Mitte Juli 1918 die führende Rolle in der Redaktion übernommen zu haben, obwohl er erst am 13. Oktober in die Redaktion gewählt wurde. Seit Nummer 12 vom 20. Juli 1918 erschien »Der Kampf« in vergrößertem Format mit dem zusätzlichen Untertitel »Organ der deutschen Kampfgruppen in Holland«. Die bisher an auffallender Stelle über die ganze Breite des Blattes gedruckte Zeile »Was wird für Carl Minster getan?« verschwand plötzlich. Von jetzt ab wurde Minster überhaupt seltener erwähnt. Als »Der

Fortsetzung von S. 206

Duisburger Kaufmann Hugo Pfeiffer Aussagen machte. Pfeiffer, geb. 29. 12. 1892, gest. Ende 1948 in Oberursel (nach Angaben des Stadtarchivs Duisburg), war von 1915 bis Ende 1918 für die deutsche Abwehr tätig und hatte 1917 die Aktion gegen Minster geleitet. Vgl. auch »Het Volk« Nr. 5441 vom 4. 1. 1918, S. 1.

³²⁾ Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II: 1914–1945. Bd. 1: Juli 1914 bis Oktober 1917. Berlin 1958. Ansonsten sind die ostdeutschen Publikationen sehr zurückhaltend bei der Erwähnung Minsters. So fehlt sein Name bei Annelies Laschitzka und Horst Schumacher: Thesen über die Herausbildung und Entwicklung der deutschen Linken . . . in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Jg. 7, 1965, Nr. 1, S. 23–40. Horst Bartels: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin 1958, S. 270, verzeichnet Minsters Teil-

Fortsetzung S. 208

Kampf« am 19. Oktober 1918 die Frage stellte »Soll Karl Liebknecht im Zuchthaus bleiben?«, verwies die Redaktion nur ganz allgemein auf das gleiche Schicksal der anderen politischen Gefangenen in Deutschland.

Diese Zurückhaltung des »Kampfes« ist um so bemerkenswerter, als noch in der Beilage zu Nummer 11 vom 13. Juli 1918 eine ganze Spalte »Zum Attentat auf Carl Minster« veröffentlicht worden war. In diesem Bericht versuchte die Redaktion, Minster gegen die USP in Deutschland auszuspielen, indem sie hervorhob, als betrachteten die Unabhängigen den Verschleppten »noch heute als ihren Genossen«, obwohl sie sich erst sieben Monate nach dem Attentat durch eine »kleine Anfrage« Haases im Reichstag am 4. Juli 1918 für ihn eingesetzt hätten. Resigniert schloß »Der Kampf«: »... so müssen wir, da unsere Kraft zur Befreiung Minsters noch nicht ausreicht, blutenden Herzens warten, bis es uns gemeinsam mit der Berliner Arbeiterschaft gelingen wird, sein Schicksal zu wenden. Wir versprechen aber den an diesen Verbrechen beteiligten deutschen Regierungssubjekten, ihrer bei der Endabrechnung ganz besonders zu gedenken.« Es wurde nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang auch Liebknecht und Rosa Luxemburg zu erwähnen.

Auf der Landeskonzferenz der deutschen »Kampf«-Gruppen in Amsterdam am 13. Oktober 1918 hielt Wilhelm Pieck, der gleichzeitig in die Redaktion gewählt wurde, das einleitende grundsätzliche Referat. Er rief als Vorsitzender der Konferenz dazu auf, die »volksverräterische Politik« der Bourgeoisie und der Sozialpatrioten zu durchkreuzen, da sie durch einen imperialistischen Friedensschluß »das Proletariat noch fester knebeln und der schrankenlosen Ausbeutung durch die Besitzenden überantworten« wollten. Auf der Landeskonzferenz wurde der Gegensatz innerhalb der Organisation der »Kampf«-Gruppen deutlich. Der von dem Abgeordneten Ravesteyn geführte Rotterdamer Verein war in Amsterdam nur mit beratender Stimme zugelassen. Ihm wurde vorgeworfen, die Mitgliedschaft außer in der radikalen SDP auch in der »sozialpatriotischen« SDAP, deren Organ das im »Kampf« immer wieder scharf kritisierte »Het Volk« war, freigestellt zu haben. Die Amsterdamer Konferenz lehnte diese Haltung in einer Resolution ab und unterstrich damit den klassenkämpferischen Charakter der »Kampf«-Gruppen.

Fortsetzung von S. 207

nahme an der ersten Reichskonferenz der Gruppe »Internationale« in Berlin am 1. 1. 1916. Den »Kampf« verlegt Bartels (S. 190) nach Düsseldorf. Ferner Hermann Weber: Der deutsche Kommunismus. Köln 1963, S. 29. Mehrings Mitarbeit am Amsterdamer »Kampf« ist Josef Schleifstein: Franz Mehring. Berlin 1959, unbekannt. Die meisten der gezeichneten Beiträge sind wohl Nachdrucke aus der »Leipziger Volkszeitung«. Die »Arbeiterpolitik« (Bremen), 2. Jg., 1917, Nr. 20 v. 19. Mai, S. 152, bezeichnet den »Kampf« als »Zentralorgan« der Gruppe »Internationale«. Die »Arbeiterpolitik« verfocht im Gegensatz zum »Kampf« die Gründung einer unabhängigen linksradikalen Partei. Vgl. a. a. O., S. 166 f. und 185. Beide Blätter führten 1917 eine heftige Polemik gegeneinander.

Im »Kampf« wurde der russischen Revolution größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Nummer 27 vom 2. November 1918 zitierte als Leitartikel einen Aufsatz Klara Zetkins aus dem Berliner »Mitteilungsblatt« unter dem Titel »Durch Diktatur zur Demokratie«. Darin wurde der Auflösung der Konstituante in Rußland und den »Entrechtungen in der Sowjetverfassung« der Charakter eines notwendigen Provisoriums auf dem Wege zur sozialistischen Demokratie zugesprochen.

Die letzte Nummer des »Kampfes«, eine Extra-Ausgabe, feierte am 13. November 1918 »Die Kommunistische Republik«. Auch hier wurden wieder Nutzenanwendungen aus den Erfahrungen in Rußland gezogen. Die Herrschaft des Volkes müßte gesichert werden gegen verräterische »Zusammenschwörungen« der bisherigen Unterdrücker. »Darum hat das deutsche Volk als ersten der wichtigsten Schritte die lügnerische Bourgeoisiepresse zu unterdrücken.« Das Versammlungsrecht und die Redefreiheit hätten fortan nur der Befreiung des Volkes zu dienen. Als fernerer Ziel wäre die unverzügliche Beschlagnahme der Banken auszusprechen. Ebenso wären Post, Telegraph, Eisenbahnen und andere Verkehrseinrichtungen unter die Aufsicht der Arbeiter- und Soldatenräte zu stellen. Schließlich läge die Einrichtung einer roten Garde zum Schutze der Republik nach innen und außen »im besonderen Interesse der neuen Ordnung«. Diese Proklamation füllte, in einem Zierrand, der Text der »Internationale« mit dem dreimaligen Refrain: »Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.« Der Widerspruch zwischen dem humanitären Ideal und der proletarischen Massenkraft, den Klara Zetkin noch sah und auflösen suchte, wird in dem Abschiedsappell des »Kampfes« ignoriert und mit dem Abdruck des Textes der »Internationale« lediglich lyrisch verbrämt.

In den turbulenten Tagen der Revolution wurde der Gründer der »Kampf«-Gruppen in Holland nicht ganz vergessen. Schon am 2. November 1918 sandte der »Kampf« Karl Liebknecht zur Befreiung brüderliche Grüße, nicht ohne auf die verräterische Haltung Scheidemanns und der anderen »Sozialpatrioten« hinzuweisen, die sich jetzt mit seiner Freilassung brüsteten. Gleichzeitig wurde ein Telegramm an Hugo Haase, den Vorsitzenden der USP, zitiert, in dem er als Rechtsbeistand Carl Minsters ersucht wurde, dessen »sofortige Infreiheitsetzung und gesicherte Rückkehr mit allen Mitteln durchzusetzen«.

Bevor »Der Kampf« am 13. November 1918 Abschied nahm, berichtete er von den revolutionären Vorgängen in Deutschland: »Genossin Rosa Luxemburg ist durch den Volkswillen befreit, das Moabiter Zellengefängnis geleert und wahrscheinlich auch unser Genosse Minster in Freiheit.« Diese Mitteilung war richtig. Am 13. November 1918 ließ sich Minster vom Berliner Polizeipräsidium und von der die Interessen der Vereinigten Staaten wahrnehmenden spanischen Botschaft als amerikanischer Staatsbürger Pässe für eine Reise nach Holland ausstellen. Auf Anfrage des Abgeordneten van Ravesteyn teilte der niederländische Außenminister van Karnebeek am 25. November mit, daß Minster

inzwischen in Holland eingetroffen war, wohl um seine Frau nach Deutschland zu holen. Die deutsche Regierung wurde gebeten, deshalb von einer weiteren Strafverfolgung der Entführer Minsters abzusehen.

Minster kehrte nicht nach Berlin zurück, sondern ließ sich in Düsseldorf nieder. Er wurde aber weiter von den Behörden beobachtet. Die Informationsstelle der Reichsregierung erhielt am 13. Februar 1919 vom Oberstadtsekretär Engelhardt in Mülheim in Ergänzung zu einem Bericht des Mülheimer Oberbürgermeisters Dr. Lembke folgende Mitteilung³³⁾: »Auf der Strecke Münster nach Mülheim sollen in Abständen drei Haltesignale eingerichtet und Vorkehrungen getroffen sein, um die Züge gewaltsam zum Halten zu bringen, ebenso auf der Strecke Hösel–Düsseldorf.

»Der geistige Führer des Arbeiterrats und gleichzeitig Führer des Spartakistenbundes ist ein Former der M.G. Fabrik Thyssen, Gerhard Serfort, wohnhaft Mülheim (Ruhr), Aktienstraße 102. Er ist Verleger der kurz nach der Revolution von ihm eingerichteten Spartakistenzeitung ›Die Freiheit‹. Redakteur dieser Zeitung ist Carl Minster . . . Minster wohnte bis vor kurzem in Mülheim (Ruhr), Bachstraße 48, jetzt wohnt er in Düsseldorf, kommt aber täglich nach Mülheim. Minster ist Deutschamerikaner. Während des Krieges hat er in Holland eine holländische Zeitung geleitet oder daran gearbeitet, die scharf gegen Deutschland hetzte.«

Die politische Aktivität Minsters wurde von den Behörden demnach wie vor der Revolution unverändert negativ beurteilt. Als Mitglied des Spartakusbundes, aus dem Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands hervorgegangen war, galt er als Gegner der Weimarer Republik. Die Regierung in Düsseldorf legte neue Akten über ihn an³⁴⁾. Eine vermutlich am 10. Dezember 1919 begonnene Niederschrift enthält folgende Einzelheiten: Minster war zeitweilig Redakteur der »Freiheit« in Mülheim gewesen. Er führte den Decknamen Otto Degen und wohnte in Remscheid, Rosenhügel 1. Beim Oberreichsanwalt war seit 1920 ein Verfahren wegen Hochverrats (Sturz der Regierung, Akten I.

³³⁾ DZA Potsdam, Informationsstelle der Reichsregierung Bd. 2726/1, Bl. 175.

³⁴⁾ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 15 681, Bl. 9 f. und Nr. 15 710. Nach Angaben von Frau Rose Frölich bestand ein gewisses Mißtrauen in den führenden Kreisen der KPD gegen Minster, da man nicht wußte, ob er sich bei seiner Antikriegsarbeit in Holland in die Abhängigkeit einer Entente-Propaganda-Stelle begeben hatte.

³⁵⁾ Minsters Bruder Gustav, geb. 19. 5. 1868 in Edenkoben, war am 20. 5. 1898 vom Reichsgericht wegen Landesverrats etc. zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurteilt worden. Möglicherweise steht Minsters Auswanderung im Zusammenhang mit der Strafverfolgung seines Bruders. Seine politische Haltung dürfte jedenfalls stark davon beeinflusst gewesen sein. Seine Schwester Lenchen Moosmann, geb. Minster, hatte in Frankfurt a. M. 1920 ein Herrenhutgeschäft in der Goethestraße 12.

404/20) anhängig. Seine revolutionäre Agitation führte er auch unter dem Decknamen Peters, Schädte und dem Namen seiner Schwester Moosmann.

Aus der Niederschrift geht weiter hervor, daß er am 29. Juli 1919 von Düsseldorf, Königsallee 52, nach Frankfurt a. M., Oberweg 44 (bei Wwe. Koch), verzogen war³⁵⁾. Das Mißtrauen der KPD-Führung gegen Minster sowie seine kritische Haltung in den Auseinandersetzungen über die Fragen der Gewerkschaftsarbeit und des Parlamentarismus führten ihn im Oktober 1919 bei der Spaltung auf dem zweiten Parteitag der KPD in die Kommunistische Arbeiter-Partei (KAP). In Frankfurt a. M. wurde er die »Seele der Ortsgruppe der KAPD«, die 1500 Mitglieder gehabt haben soll. Für seine Reisen zwischen Frankfurt, Mainz und Köln stellte ihm die französische Besatzungsbehörde am 17. Oktober 1919 einen Sauf-Conduit aus. Über Dauer und Gründe der Verhaftung Minsters, von der die Regierung in Düsseldorf im Herbst 1920 berichtete, überliefern die Akten nichts³⁶⁾.

Am 12. April 1922 nannte die »Leipziger Volkszeitung« den »Ex-Kommunisten« Carl Minster als einen der neuen Redakteure des Berliner Zentralorgans der USP-»Freiheit«, die nach dem Rücktritt Rudolf Hilferdings und seiner Kollegen angestellt worden waren. Minster hatte sich also auf eine linkssozialistische Position »zurück«-entwickelt³⁷⁾. Nach der Urteilsbegründung von 1942 war er zuvor Redakteur des Pressebüros der USP gewesen, des im Mai 1919 gegründeten Unabhängigen Zeitungsdienstes. Er machte aber die Vereinigung mit der SPD im September 1922 nicht mit. Am 4. Oktober 1922 erschien als Organ der sich weiterhin USPD nennenden Gruppe das Wochenblatt »Der Klassenkampf«, dessen Chefredakteur der früher im »Kampf« kritisierte Georg Ledebour war. In der ersten Nummer bezeichnete es Ledebour als die Aufgabe seiner Partei, die Einheit mit den Kommunisten herzustellen.

Auf dem Parteitag der USPD vom 30. März bis 2. April 1923 in Berlin nannte der Vorsitzende Theodor Liebknecht den Essener »Weckruf« als neue Tageszeitung der Partei. Redakteur war Carl Minster. Am 1. April 1923 meldete der »Vorwärts«, der Parteitag der USPD biete zeitweise das »Bild einer KPD-Radauversammlung«. Liebknecht, der von Minster unterstützt wurde, sah in Ledebour einen Parteischädling, weil er für den passiven Widerstand an der Ruhr eintrat³⁸⁾.

³⁶⁾ Vgl. auch Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Gestapoakte Nr. 46 621, Bl. 4, wo es heißt, daß von früheren Verurteilungen Minsters nichts bekannt war.

³⁷⁾ Vgl. Hermann Weber: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 31 und 32/1959. Eugen Prager: Geschichte der USPD. Berlin 1922, erwähnt Minster nicht.

³⁸⁾ Kurt Koszyk: Zwischen Kaiserreich und Diktatur, S. 156 f. Nach der Urteilsbegründung von 1942 wurde Minster Anfang Oktober 1922 vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden als »amerikanischer Staatsbürger und lästiger Ausländer« ausgewiesen. Auf Betreiben ihm Fortsetzung S. 212

Im Dezember 1923 soll Minster – so weiß das Urteil des Volksgerichtshofs von 1942 zu berichten³⁹⁾ – durch einen Gesinnungsgenossen mit Mitgliedern und Bestrebungen der »Autonomen Regierung« der Pfalz, seiner eigentlichen Heimat, bekannt geworden sein. Deswegen hätte die Polizei in Hagen, wo Minster den »Volksfreund« redigiert haben soll, gegen ihn untersucht. Minster hätte sich daraufhin wieder nach Speyer begeben und sei Angestellter der »Autonomen Regierung«, im Januar 1924 sogar »Staatssekretär«, geworden. In der Hauptverhandlung des Volksgerichtshofs sollen Lichtbilder vorgelegen haben, die Minster mit führenden Persönlichkeiten der »Autonomen Regierung« zeigten. Minster habe auch mit der »Interalliierten Rheinlandkommission« in Koblenz über die Anerkennung der »Autonomen Regierung« verhandelt. Nach dem Ende der Separatistenherrschaft in der Pfalz im Februar 1924 hätte Minster wie alle anderen Regierungsmitglieder eine Abfindung von 500 Franc erhalten. Bis 1928 sei Minster anschließend in dem Betrieb des Separatisten Bley in Zabern tätig gewesen⁴⁰⁾.

Möglicherweise hat der Wahlerfolg der SPD im Mai 1928 Minster aus seiner politischen Reserve herausgeführt. Ob er sich der SPD angeschlossen hatte, ist nicht nachweisbar, jedoch anzunehmen, da er sich nur so eine Plattform für seine Agitation schaffen konnte. Jedenfalls ist er nicht mit der KP-Opposition erst im Frühjahr 1932 zur SAP übergetreten. Er dürfte sich in Essen niedergelassen haben, weil er hier Freunde aus seiner USP-Zeit hatte und als Redakteur des »Weckrufs« gewiß noch nicht vergessen war⁴¹⁾.

Schon im Jahre 1929 verlor die Sozialdemokratie erneut ihre führende parlamentarische Position. Im Mai büßte sie bei den sächsischen Landtagswahlen 75 000 Stimmen und zwei Mandate ein. Der Aufstieg der Nationalsozialisten setzte unübersehbar ein. Im Sächsischen Landtag erreichten sie statt bisher zwei jetzt fünf Abgeordnete. Der strenge Winter von 1928/29 brachte der Regierung Hermann Müller nach den Panzerkreuzerdebatten vom Sommer neue Be-

Fortsetzung von S. 211

befreundeter Abgeordneter habe jedoch der preußische Innenminister Severing den Ausweisungsbefehl ausgesetzt. Minster wäre dann bis Dezember 1923 in Hagen Redakteur des USP-»Volksfreundes« gewesen. Ein solches Blatt ließ sich in Hagen aber nicht nachweisen. Diese Angaben sind wohl falsch. Vermutlich ist die schon erwähnte Verhaftung vom Herbst 1920 gemeint und seine journalistische Arbeit für die USP in Berlin 1922.

³⁹⁾ Wir verwenden die nationalsozialistischen Angaben mit der nötigen Vorsicht. Im Staatsarchiv Speyer sind jedenfalls Akten, die für eine Separatistentätigkeit Minsters sprechen, nicht erhalten. (Schreiben vom 16. 5. 1963.)

⁴⁰⁾ Über diese Jahre liegen Dokumente nicht vor.

⁴¹⁾ Nach dem Essener Adreßbuch von 1930, das wohl 1929 abgeschlossen wurde, wohnte der Schriftsteller Carl Minster in der Apostelstraße 1, später bis 1936 wird Markgrafenstraße 46 als seine Wohnung angegeben, nach der »Rhein-Ruhr-Fackel« Markgrafenstraße 48. Das Stadtarchiv Essen kann übrigens eine Zeitung »Weckruf« aus dem Jahre 1923 nicht nachweisen. Exemplare sind offenbar nicht überliefert.

lastungsproben. Die Arbeitskämpfe in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie, die scharfe Pressepolemiken gegen die Minister Wissell und Severing auslösten, waren nur ein Symptom der sinkenden Konjunktur und der steigenden Arbeitslosenziffer. Die Auseinandersetzung um die Demokratie in Deutschland einerseits und um den Kurs der SPD andererseits trat in ihr entscheidendes Stadium, als die große Koalition im Mai 1930 zerbrach.

Obwohl aus diesen entscheidenden Jahren zunächst Stellungnahmen von Carl Minster nicht überliefert sind, ist seine Haltung in Anbetracht der Tatsache nicht zweifelhaft, daß er sich im Herbst 1931 der neuen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) anschloß. Max Seydewitz, der Chefredakteur des »Sächsischen Volksblattes« in Zwickau, und der Reichstagsabgeordnete Kurt Rosenfeld waren die führenden Köpfe der neuen Partei, die hoffte, alle Unzufriedenen auf der Linken in einer proletarischen Einheitsfront zum Kampf für die Demokratie ohne Rücksicht auf das Parlament zu sammeln. Wie im ersten Weltkrieg waren Rüstungsfragen der Ausgangspunkt der Spaltung.

Kurz vor dem Leipziger Parteitag der SPD vom Juni 1931 hatten neun Abgeordnete der SPD die Fraktionsdisziplin gebrochen und mit den Kommunisten gegen den Bau des Panzerschiffes B gestimmt. In Leipzig warf Wilhelm Dittmann seinem Fraktionskollegen Seydewitz und den sozialdemokratischen Neinsagern vor, den Wert der parlamentarischen Abstimmung zu überschätzen. Vielmehr gehe es um die Erhaltung des Kampfbodens der Demokratie. Nach dem Sturz der Regierung Brüning würden Hugenberg und Hitler an die Macht kommen⁴²⁾.

In diesem Zusammenhang brauchen die Streitigkeiten nicht im einzelnen erwähnt zu werden. Minster spielte dabei nur eine Nebenrolle. Seine Stärke bewies er wiederum als Agitator auf der unteren Ebene im direkten Kontakt mit der sozialdemokratischen Mitgliedschaft. In Essen und Duisburg gründete er Ortsgruppen der SAP.

Seit dem 1. November 1931 gab die SAP in Berlin die »Sozialistische Arbeiter-Zeitung« (SAZ) als Tageszeitung heraus. Für die Bezirke mit starker Mitgliedschaft wurden in den folgenden Monaten besondere Regionalausgaben des Wochenblattes der SAP »Kampfsignal« mit eigenem Titel und Lokalteil ge-

⁴²⁾ Weiteres vgl. Koszyk, a. a. O., S. 188 ff. Auf dem Gründungskongreß der SAP am 4. 10. 1931 in Berlin wurden Seydewitz, Rosenfeld und Heinrich Ströbel zu Vorsitzenden gewählt. Nur sechs der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten schlossen sich der SAP an. Zum Programm der SAP vgl. die Broschüre: Was will die SAP? Prinzipienerklärung. Aktionsprogramm angenommen auf dem 1. Parteitag 1932 der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Mit einem Vorwort von Paul Frölich.

schaffen. In Essen erschien seit Anfang 1932 die »Rhein-Ruhr-Fackel«, für deren lokalen Teil Carl Minster verantwortlich zeichnete⁴³⁾.

Der Name des Essener Organs knüpfte an die von der Freien Verlagsgesellschaft seit dem 4. September 1931 an Stelle des 1927 gegründeten »Klassenkampf« in Berlin herausgegebene Wochenschrift »Die Fackel« an. Als der Parteiausschuß der SPD sich am 22. September gegen »Die Fackel« wandte, war das Blatt zum eigentlichen Streitobjekt in der Sozialdemokratie und damit zum Symbol der pazifistisch-revolutionären Opposition geworden⁴⁴⁾. Die gerichtlichen Schritte, die Karl Kraus in seiner Wiener »Fackel« im Oktober 1931 gegen die Berliner »Fackel« wegen der Usurpation des Titels anzeigte, führten dazu, daß die SAP ihr Wochenblatt seit dem 8. Januar 1932 »Kampfsignal« nannte⁴⁵⁾. Mit diesem Datum dürfte auch die erste Nummer der »Rhein-Ruhr-Fackel« erschienen sein; denn die Numerierung folgte später stets der des »Kampfsignal«.

Die ersten Ausgaben der »Rhein-Ruhr-Fackel« scheinen ein bloßer Nachdruck des »Kampfsignal« gewesen zu sein. Sogar die Anzeigen kamen nicht aus dem Rhein- und Ruhrgebiet, sondern aus Berlin und Plauen. Der einzige gezeichnete Aufsatz der Nummer 9 vom März 1932 stammt von Anna Siemsen. Im übrigen ist die ganze Ausgabe der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl gewidmet. Die SAP gab die Parole aus »Gegen Hitler und Hindenburg. Für die proletarische Einheitsfront! – Für den Sieg des Arbeiterkandidaten!«. Als Arbeiterkandidat wurde der Führer der KPD bezeichnet. Aber einschränkend hieß es »Für Thälmann, aber gegen die falsche Politik der KPD!«. Die Stimmabgabe für Thälmann sollte nicht in dem Bewußtsein erfolgen, daß der Arbeiterkandidat Hindenburg schlagen könnte, sondern als Demonstration gegen die »reaktionär-konservative Politik der SPD«. In einer Karikatur wurde angedeutet, daß die SPD durch ihr Eintreten für Hindenburg den Weg für Hitler freigebe.

Die Nummer 19 der »Rhein-Ruhr-Fackel« vom 5. Mai 1932 enthält ein zweiseitiges »Lokalblatt«. Es bringt Berichte über Partei- und Gewerkschaftsversammlungen in Essen, Düsseldorf, Solingen und Bochum-Weitmar. Der Versammlungskalender verzeichnet Veranstaltungen in Köln, Ratingen, Düsseldorf,

⁴³⁾ Uns lagen die Nummern 9 (März), 19 (1. Maiwoche), 37 (1. Novemberwoche), 42 (2. Dezemberwoche), 44 (4. Dezemberwoche) von 1932 vor. Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Phil. Diss. Marburg 1962, Bd. 1, S. 165 und Bd. 2, S. 191 ff., erwähnt als Lokalblätter der SAP außerdem: Die Saar-Fackel (Saarbrücken), Kurier für Vogtland und Erzgebirge (Plauen), Mainzer Fackel, Südwestdeutsche Arbeiter-Tribüne (Frankfurt a. M.), Weser-Ems-Fackel (Bremen), Badisch-Pfälzische Arbeiter-Tribüne, Mitteldeutsches Kampfsignal, Norddeutsches Kampfsignal, Volksrecht (Offenbach), Der Funke (Peine), Sozialist (Köslin).

⁴⁴⁾ Vgl. Drechsler, a. a. O., Bd. 1, S. 163 ff. Jetzt auch gekürzt im Druck erschienen (Meisenheim 1964).

⁴⁵⁾ Karl Kraus: Mit vorzüglicher Hochachtung. München 1962 (10. Bd. der Werke), S. 362–366.

Gelsenkirchen, Solingen und Dortmund. In Gelsenkirchen erstattete Minster am 12. Mai Bericht über die Verhandlungen des 1. Reichsparteitags der SAP vom März 1932⁴⁶⁾. Der Hauptartikel des »Lokalblattes« beschäftigte sich unter dem Titel »Schüsse in der Nacht« mit dem scharfen Vorgehen der Zöllner gegen Schmuggler im holländisch-belgischen Grenzgebiet. Minsters Interesse für diese Vorgänge lag nach seinen Erfahrungen aus dem Weltkrieg nahe.

Zwischen den Erscheinungsdaten der beiden uns vorliegenden frühen Nummern der »Rhein-Ruhr-Fackel« fanden am 24. April 1932 die preußischen Landtagswahlen statt. Einen Eindruck von dem Rückhalt der SAP im Verbreitungsgebiet der Wochenzeitung vermitteln die auf die Partei entfallenen Stimmenzahlen. Sie lagen zwischen 0,3 und 0,5 Prozent. Insgesamt erreichte die SAP in Westfalen-Nord und -Süd sowie in Düsseldorf-Ost und -West 19 332 Stimmen. Carl Minster kandidierte nicht auf der Landesliste.

Die Nummer 37 der »Rhein-Ruhr-Fackel« vom November 1932 läßt kaum noch eine eigene redaktionelle Leistung Minsters erkennen. Der Versammlungskalender ist für das ganze Reich ebenso zusammengefaßt wie der Anzeigenteil. Die Ausgabe steht im Zeichen der Reichstagswahl des 6. November. Die SAP war zu dieser Zeit von ihren Einheitsfrontparolen abgerückt. Sie sah, daß die KPD »mit vollen Segeln ins nationalistische Fahrwasser« steuerte. Wörtlich heißt es in der »Rhein-Ruhr-Fackel«: »Die SAP begibt sich selbständig in den Wahlkampf. Sie weiß, daß das Schicksal der Arbeiterklasse nicht im Parlament entschieden wird. Aber sie demonstriert damit gegen jene Politik der beiden Arbeiterparteien (KPD und SPD. K. K.), die die Arbeiterklasse in die Niederlage hineingebracht hat . . .«

Die Nummer 42 des Essener SAP-Wochenblatts bringt wieder zwei Drittel Seite regionalen Text, vornehmlich Berichte über Parteikonferenzen am Niederrhein, in Essen, Düsseldorf und Schwelm. Nummer 43 bietet eine ganze »Lokal-seite« mit Berichten aus Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal, Ratingen und Wesel. Nummer 44 schließlich, zu Weihnachten 1932 erschienen, verzeichnet Carl Minster nicht mehr als verantwortlichen Lokalredakteur. Im Versammlungskalender erscheint sein Name jedoch als Berichterstatter von der am 4. Dezember in Düsseldorf abgehaltenen Bezirkskonferenz Niederrhein, wo August Siemsen und Klaus Zweiling als Vertreter konträrer Richtungen auftraten. Minsters Bericht sollte in Essen am 6. Januar 1933 gegeben werden. Bereits aus der Num-

⁴⁶⁾ Vgl. Drechsler, a. a. O., Bd. 1, S. 199 ff. Danach trat Minster auf dem Parteitag nicht besonders in Erscheinung. Er gehörte auch nicht zur Programmkommission der SAP. Allerdings lag Drechsler ein Parteitagsprotokoll nicht vor, abgesehen von dem Bericht der SAZ. Es ist anzunehmen, daß Minster auf seiten der politisch »rechts« orientierten pazifistischen Opposition um Fritz Küster, Theodor Liebknecht, Anna Siemsen und Richard Kleineibst stand. Kleineibst wurde damals »wegen Rechtsabweichung« aus der Redaktion der SAZ entfernt.

mer 42 geht hervor, daß Minster die Richtung Siemsen unterstützte, die verhindern wollte, daß die SAP sich zu einer »dogmatischen Sekte mit bolschewistischen Grundzügen« entwickelte.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SAP, die schon den Parteitag im März 1932 beherrscht hatten, traten nach den Novemberwahlen kraß in Erscheinung. Die Minderheit im Parteivorstand unter den ehemaligen KPD-Mitgliedern Paul Frölich und Jacob Walcher sowie der linke SAP-Flügel um Zweiling und Fritz Sternberg suchten die Parteileitung unter Seydewitz durch persönlich gemeinte Anträge zu erschüttern⁴⁷⁾. Aus diesem Streit entwickelte sich eine polemische Frontstellung der »SAZ« gegen das »Kampfsignal« und dessen Ableger.

Minster stand in diesen Auseinandersetzungen offenbar hinter der Vorstandsmehrheit um Seydewitz⁴⁸⁾. Darauf deutet der Bericht über die Hamborner Mitgliederversammlung in Nummer 44 hin. Die Hamborner, die für die Minderheit optierten, verlangten von der Redaktion objektivere Berichte, »auch wenn der Konferenzverlauf nicht in der Linie der Lokalredaktion liegt«. Die Redaktion merkte dazu an: »Der Bericht über die Bezirkskonferenz in Düsseldorf enthält nur *tatsächliche Feststellungen*. Wenn die Funktionäre der Ortsgruppe Hamborn solche tatsächlichen Feststellungen ... als unobjektiv verurteilen, werden dadurch die Tatsachen nicht berührt. Wie wäre es denn, wenn die nach Objektivität drängenden Funktionäre den Mitgliedern der Hamborner Ortsgruppe die Möglichkeit gäben, den Standpunkt der Parteivorstands-Mehrheit zu hören?«

Carl Minster war Realist genug, um mit der Vorstandsmehrheit zu erkennen, daß die SAP nicht mehr Massenpartei werden konnte. Die Einheitsfront war nicht durch Aufsaugen der unzufriedenen Mitglieder von KPD und SPD erreicht worden. Jetzt sollte die SAP nur noch eine Vermittlerrolle spielen. Aber auch dieser Versuch scheiterte, wie das vergebliche Bemühen um eine gemeinsame Aktion gegen den Aufmarsch der Nationalsozialisten am 22. Januar 1933 auf dem Bülowplatz in Berlin bewies. Durch die Abspaltung von der SPD hatte sich die demokratische Linke jeder Möglichkeit begeben, diese Massenpartei gemeinsam mit der marxistischen Opposition um Gurland und der reformistischen um Schumacher, Leber und Mierendorff von innen her gegen den Nationalsozialismus kampffähig zu machen. Der 30. Januar 1933 bestätigte zwar die Prognosen der SAP und damit auch die Ansichten Carl Minsters, aber ebenso die Ohnmacht gegenüber dem Nationalsozialismus.

⁴⁷⁾ Vgl. Drechsler, a. a. O., Bd. 1, S. 280 ff. Die Angriffe richteten sich u. a. gegen den Schwager von Seydewitz, den Rechtsanwalt Fritz Lewy, der in Breslau, zum Mißvergnügen der SAZ-Redakteure Walter Fabian und August Enderle, im Wahlkampf eine Wochenschrift »Was ist los in Berlin?« herausgab.

⁴⁸⁾ Im Gegensatz zu den übrigen Ortsgruppen im Bezirk Niederrhein standen Essen und Düsseldorf zur Parteivorstandsmehrheit. Vgl. Drechsler, a. a. O., Bd. 2, S. 168, Anm. 107.

Die SAP verschwand von der politischen Bühne mit einem Streit über die Frage, ob schon am 18. Februar oder erst nach dem 12. März die inneren Zwistigkeiten auf dem 2. Reichsparteitag ausgetragen werden sollten. Der Reichstagsbrand und die folgende Verhaftungswelle machten der Debatte ein Ende. Am 3. März 1933 beschloß der Vorstand der SAP die Auflösung der Partei und empfahl den Anschluß an die SPD.

Carl Minster bemühte sich anfangs, seine Tätigkeit illegal fortzusetzen. Pfingsten 1933 traf er sich in Ratingen mit dem Stellmacher Otto Marten aus Duisburg und dem Kesselschmied Werner Körfer aus Ratingen⁴⁹⁾. Minster schlug vor, einen Gartenbauverein zu gründen und eine getarnte »Gartenbauzeitschrift« als Schulungsmaterial herauszugeben. Da Marten und Körfer die Verwirklichung für zu gefährlich hielten, blieb es bei diesem Plan.

Minster verließ Deutschland wenig später zum dritten Mal und entkam ins Saargebiet. Seine amtliche Abmeldung aus Essen erfolgte am 22. Mai 1933. An diesem Tage soll er in Saarbrücken, Mozartstr. 23, wohnhaft geworden sein. Er entging mit seiner Emigration den Verfahren, die gegen SAP-Gruppen am Niederrhein und im Ruhrgebiet durchgeführt wurden⁵⁰⁾. Naturgemäß konzentrierte Minster jetzt seine ganze Aktivität darauf, den Anschluß des Saargebiets an das nationalsozialistische Deutschland zu verhindern. Das geschah durch seine Mitarbeit am »Saarlouiser Journal« und am »Saarländischen Generalanzeiger«, die nach Auffassung des Volksgerichtshofs unter französischem Einfluß standen. Minster schloß sich ferner in Saarbrücken der »Saarländischen Sozialistischen Partei« und in Saarlouis der »Saarländischen Wirtschaftlichen Vereinigung« an.

Als Minster im Frühjahr 1942 in Paris verhaftet wurde, fand die Gestapo angeblich in seiner Wohnung in der Rue des Ardennes einen Brief, in dem er »Ansprüche auf Nachzahlung seines rückständigen Gehalts während seiner Tätigkeit als Schriftleiter« der beiden genannten Zeitungen gegenüber dem französischen Staat geltend machte. Die Urteilsbegründung zitiert aus diesem Brief: »Der unterzeichnete Charles Minster wurde im Juni 1934 durch den Vertreter der französischen Republik im Saargebiet, den Herrn Vicekonsul Vaysses, als Redakteur für den neugegründeten General-Anzeiger für das Saargebiet und für das Saarlouiser Journal engagiert. Beide Zeitungen wurden von Quai d'Orsay finanziert und standen unter der dauernden Kontrolle des Herrn Vice-

⁴⁹⁾ Vgl. das Todesurteil von 1942, S. 5. Diese Vorwürfe wurden von Minster bestritten. Der Volksgerichtshof nahm sie aber als gegeben an, weil Marten sie 1934 in dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Hamm zugegeben hatte.

⁵⁰⁾ Vgl. Drechsler, a. a. O., Bd. 1, S. 315. Nach Drechsler scheint Minster keine Verbindungen zur SAP-Auslandsabteilung in Paris unterhalten zu haben. Zum folgenden vgl. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Gestapo Nr. 8692 und das Todesurteil von 1942. Nr. 8692 enthält den am 3. 4. 1942 von dem Kriminaloberass. Resing unterzeichneten Personalbogen Minsters. Danach emigrierte M. 1934. Nach Gestapo Nr. 46 621, Bl. 5, hielt der Duisburger Kriminalpolizeirat Busch Minster am 8. 8. 1934 für »einen ganz gefährlichen Menschen«.

konsuls Vaysset und des französischen Ministers im Saargebiet, Herrn Morize...«
»Minster handelte als anständiger Mensch. Er erhob keine Klage im Saargebiet, um nicht vor deutschen Richtern die engen Zusammenhänge zwischen dem Quai d'Orsay, das heißt der französischen Regierung, und der Saarpropaganda im allgemeinen und zwischen dem französischen Vizekonsul Herrn Vaysset und dem Verlagsunternehmen im besonderen klarlegen zu müssen, wie er auch in der Öffentlichkeit über so vieles schwieg, was er als Propagandachef und Vertrauter des offiziellen Vertreters der französischen Republik im Saargebiet erfahren hatte. Aber Minster kann dafür auch beanspruchen, daß ihm sein *rechtlich* zustehendes Gehalt und seine ihm ebenfalls *rechtlich* zustehende Pension nicht länger vorenthalten wird...«

»Seit Minster bei der Besetzung durch die deutschen Truppen aus Metz flüchten mußte (Minster war im Saargebiet nicht nur Redakteur der beiden Tageszeitungen Generalanzeiger für das Saargebiet und Saarlouiser Journal, sondern er redigierte auch die beiden Zeitschriften Freie Saar und Saar-Fackel, war ferner Propagandachef und Redner in zahllosen Versammlungen und unterzeichnete außerdem 8000 Proteste gegen unberechtigte Eintragungen in die Wählerlisten zum Plebiszit), fällt für ihn jede Verdienstmöglichkeit fort...«

Am 15. Februar 1935 soll Minster auf dem französischen Konsulat in Saarbrücken einen Antrag auf Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit gestellt haben. Zur gleichen Zeit wurde ein Verfahren auf Aberkennung der Staatsangehörigkeit in Deutschland eingestellt, weil er angeblich staatenlos war. Von französischer Seite wurde offenbar nichts für die Einbürgerung Minsters getan. Die Gestapo fand in den Akten des französischen Justizministeriums ein Schreiben Minsters »an einen Herrn Mallez, das ... von dem Angeklagten offenbar geschrieben worden ist, nachdem ihm von der französischen Regierung ein Ausweisungsbefehl zugestellt worden war«. In diesem Brief soll Minster behaupten, er habe 1917 mit dem General Boucabeille zusammengearbeitet und die von ihm verfaßten Zeitungen mit französischen Flugzeugen über deutschem Gebiet abwerfen lassen. Minster nahm auch für sich in Anspruch, seit 1923 im französisch besetzten Gebiet »als Journalist und Redner gegen den sogenannten Widerstand« tätig gewesen zu sein. In dem Brief soll es wörtlich heißen:

»Ende der Bewegung in der Pfalz unternahm ich mit ehem. Mitgliedern der autonomen Bewegung eine Reise nach Paris, wo ich u. a. eine Unterredung hatte mit dem Abgeordneten Dr. Oberkirch und Desire Fery bezügl. der Veröffentlichung einer franzosenfreundlichen Zeitung in Mainz.

Dann übernahm ich in Düsseldorf eine neugegründete Zeitung, die franz. Besatzungsbehörden gegenüber sehr herzlich eingestellt war und der diese ihren Schutz gewährten. Ich war zu gleicher Zeit dauernder Mitarbeiter des Düsseldorfer Nachrichtenblattes (Informationsdienst), das von den Besatzungsbehörden veröffentlicht wurde, und war dauernd in Kontakt mit dem Sonderbüro in Düsseldorf. Das alles ist in Paris bekannt.

In den jüngsten Jahren arbeitete ich an der Saar. Meine Tätigkeit strebte nicht danach, sich einzulegen für ein (!) Status Quo mit Verspätung, d. h. eine 2. Volksabstimmung nach dem Sturze Hitlers – was m. E. nur zu einer unglücklichen Lösung führen dürfte –, sondern für eine franzosenfreundliche Lösung bezüglich einer freien Saar und für die endgültige Trennung der Saar von Deutschland. Die beigefügten Bescheinigungen, worunter sich die des Ihnen gut bekannten Dr. Hector befindet, geben ausführliche Details.

Ich war Schriftleiter der Zeitungen: Saarlouiser Journal und General-Anzeiger (Besitzer der beiden Zeitungen ist Baron Fabier in Paris) sowie der Zeitung Freie Saar, Kampforgan für die saarländische Wirtschaftsliga, alles franzosenfreundliche Zeitungen; ich war der Verfasser einer ganzen Serie von Propagandaschriften und Propagandachef der saarl. Wirtschaftsliga (deren Präsident Dr. Hector war), an deren Organisation ich mich ebenfalls beteiligte als Redner in zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen, die veranstaltet wurden a. d. Saar.

Im Departement Mosel war ich ebenfalls Hauptredner in den Versammlungen des Frz. saarl. Bundes, an denen u. a. die Ihnen bekannten Herren Jean Revire (Herley) und Deve teilnahmen. Für mich war es eine Genugtuung, daß diese Herren meine Rednerbegabung zu schätzen wußten und stets um meine uneigennützigste Mitarbeit ersuchten. Sogar die Präfektur von Metz hatte nichts gegen meine in der Öffentlichkeit entfaltete Tätigkeit einzuwenden. Ganz im Gegenteil. Die Polizeibehörden hatten den Befehl erhalten, mich reden zu lassen, ohne sich darein zu mischen.

Außerdem wurde kein Widerspruch erhoben von irgendwelcher Seite, als ich im Februar 1934, auf Einladung hin, in Forbach, Hotel de la Poste, in einer beschränkten Versammlung erschien, wo ich vor den Abgeordneten (Oberkirch und Doeble), den Vertretern Frankreichs und der franz. Grubenverwaltung kurz meine Idee einer konstruktiven Politik im Saargebiet entwickelte. Meine Vorschläge wurden gutgeheißen durch die Regierungskommission des Saargebietes – unglücklicherweise erst im September 1934 und unter der Form eines Gesetzes, das erst im Dezember 1934 in Kraft trat, folglich zu spät, um einen wirksamen Einfluß auszuüben auf die Volksabstimmung.

Ohne gegen die Bescheidenheit zu verstoßen, kann ich behaupten, daß es meiner unermüdlichen Journalisten- und Propagandistentätigkeit in der Saar zu verdanken ist, daß, unter dem Drucke meiner Argumente, die Sozialdemokraten und Kommunisten sich gezwungen sahen, auszutreten aus der Opposition, worin sie sich ursprünglich verschanzt hatten, um sich für die Aufrechterhaltung des Status quo zu erklären. Jedoch weise ich darauf hin, daß ich ein Gegner dieses Mottos war, das die Leute anzettelten, da ich mir bewußt war, daß man einem einseitigen Schlagwort wie, »Rückkehr ins Reich«, nur durch ein gegenseitiges, ebenso kategorisches Schlagwort antworten konnte, nämlich: »Eine freie Saar« und »Niemals ins Reich« zurück.

Was ich an der Saar tat, tat ich, ohne etwas Materielles zu bezwecken – denn trotz meiner unmenschlichen Arbeit war ich nicht besser bezahlt als einer Eurer Angestellten –, aber in meinen Augen war die Saar das letzte Bollwerk des Rheinlandes. Ich gebe mich der Hoffnung hin, im gelegenen Moment einen neuen Stoß auszuüben, gegen die Pfalz und das Rheinland.

Nach dem unglücklichen Ausgang der Volksabstimmung mußte ich die Saar verlassen und nach Frankreich flüchten, um nicht dem gleichen Schicksal zu erliegen wie meine Landsleute aus der Pfalz und Kampfgenossen in Pirmasens, die lebendig verbrannt wurden.

Kaum 8 Tage vor der Volksabstimmung – ich hatte eben einen Geheimauftrag erledigt – erklärte mir der franz. Vermittler folgendes: *Sollte die Volksabstimmung ungünstig für uns ausfallen, so werden Sie, Herr Minster, einer der ersten sein, der in Frankreich nicht nur eine Unterkunft finden wird, sondern auch eine Anstellung.*«

Der Minster zugestellte Ausweisungsbefehl stammte vom 11. Oktober 1935. Minster leistete ihm nicht Folge, vielmehr blieb er in Metz, wo er sich nach der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935 aufhielt und wo seine Frau am 26. Januar 1936 starb. Nach Minsters Angaben soll Charles Maurras in seiner »Action Française« auf »diesen überaus skandalösen Fall« aufmerksam gemacht haben. In Metz hatte Minster wieder Verbindung zu dem Separatisten Bley aufgenommen, der ihn zu einer Sitzung der »Association Franco-Rhénane et Sarroise« einlud. 1936 lernte Minster die Vorsitzenden der »Unions des Rhénans Expatriés« kennen. Die Gestapo in Koblenz (Abt. III) fertigte über diese Union am 14. Juli 1939 einen Geheimbericht an. Um die Jahreswende 1937/38 wurde Minster Landespräsident der Union in Metz. Er schrieb für die Zeitschrift der Organisation, die unter dem Titel »Rhénane« in französischer Sprache erschien. Sie sollte in Frankreich um Verständnis für die Emigranten wirken, hatte also anders als der Amsterdamer »Kampf« keine gegen Deutschland gerichtete Tendenz.

Minster soll bis Anfang 1939 Landespräsident der Union gewesen sein, schied dann aber wegen Meinungsverschiedenheiten aus⁵¹⁾. Erst kurz vor der Besetzung von Metz durch deutsche Truppen siedelte Minster nach Paris über. Seinen Lebensunterhalt soll er dort durch Erteilen von englischem Sprachunterricht an Juden bestritten haben. Am 15. August 1940, also schon während der

⁵¹⁾ Vor dem Volksgerichtshof erklärte Minster, schon Mitte 1938 aus der Union ausgeschieden zu sein. Im übrigen bestritt er den Inhalt der zitierten Briefe nicht, die im Original wohl französisch geschrieben waren, machte aber geltend, sie so franzosenfreundlich gehalten zu haben, um eingebürgert zu werden. Er sei immer gegen eine Losreißung der Rheinlande und der Pfalz von Deutschland gewesen und habe auch die Gründung einer rheinischen Legion und den Eintritt von Mitgliedern der Union in die französische Armee abgelehnt, was schließlich seine Absetzung als Landespräsident zur Folge gehabt hätte.

deutschen Besatzung, wandte er sich erstmals an die amerikanische Botschaft mit der Bitte um Schutz als amerikanischer Staatsbürger und Erteilung eines Passes zur Einreise in die Vereinigten Staaten⁵²⁾.

Dem Vizekonsul der USA in Paris, Marc L. Severe, reichte Minster am 15. August 1940 in englischer Sprache eine schriftliche und eidlich bekräftigte Erklärung (Affidavit) ein, um trotz fehlender Unterlagen seine amerikanische Staatsbürgerschaft nachzuweisen. Als Gründe legte er im einzelnen dar:

»That I am naturalized American citizen by the Federal Court of the Eastern District at New York, on August 5, 1905. That I was born at Edenkoben, Bavaria, Germany, on December 25, 1873, that I emigrated to the United States in the month of November 1896, that my first place of residence was Philadelphia, that I later went to live in New York and Brooklyn. On June 3, 1905, I was married to Helene Schumann at Brooklyn, N.Y. That my naturalization certificate was signed by Merle, clerk of the Federal Court and that my witness was a friend and journalist Otto Wegener. In 1912 on account of my wife's delicate health we returned to Germany. At the time of the outbreak of the World War in 1914 I had a position as journalist at Duisburg, Germany with the *Nieder-rheinische Arbeiter* (!), when in 1917 the United States entered the war at the side of the Allies, the German military authorities tried to force me into the German army. As my protests against their forced enlistment into the German army, this being a breach of International law were ineffective I left Germany accompanied by my wife and we went to the Netherlands. When in Holland I presented my naturalization certificate to the American Consulate General at Amsterdam and I was sent to the American Legation at the Hague to apply for an American passport. I had an interview at the time with Mr. Dyer the Counselor at the Legation, who could no doubt corroborate this statement of mine, if he is still in the diplomatic service.

Because I was instrumental in revealing German spy activities detrimental to the United States and the Allies I was kidnapped on Dutch territory and brought back to Germany by the Germans in December 1917. My naturalization certificate was at the time taken from me by the Germans and never returned to me. After I was kidnapped the Department of State instructed the Spanish Embassy, who was in charge of American interests in Germany to make an investigation as to my whereabouts and welfare. The American Red Cross was requested by the American Legation at the Hague to provide me with food during my imprisonment at Berlin. I was released on November 9, 1918, and through an instruction from the Department of State to the Spanish Embassy at Berlin I was issued an emergency passport in order to join my wife in Holland. We had both hoped at the time to return to the United States, but on account of the

⁵²⁾ Die Anträge Minsters wurden dem Verf. am 20. 11. 1963 mit der Beglaubigung Nr. 63/8097 vom Authentication Office des Departement of State in Washington zugestellt.

very troubled conditions existing at the time I could not get over the Dutch border and my wife instead had to rejoin me in Germany⁵³). As I was working for newspapers at Berlin, at Frankfort-on-Main and elsewhere we decided to remain for the meantime. In 1933 when Hitler came into power I was strongly opposed to him and because of my personal safety I had to leave Germany and seek refuge in the Saar district where I remained until after the vote in January 1935. I have been residing in France since this time, where I have been teaching languages. My wife died at Metz, France, on January 26, 1936.

I have not at any time taken any oath of allegiance to any foreign state or government, nor did I acquire French nationality during my stay in the Saar district in 1933–1935, nor in France during 1935–1940, this is evidenced by my Nansen certificate, and by my French Identity card No. 34–CE 45 162 issued February 24, 1937 by the Prefecture de Police at Metz, France, which states I am of German origine but without a nationality. Dr. Kurt Rosenfeld the former Prussian Minister of Justice, now residing at 341 Madison Avenue, New York, can witness that I have not during my stay in Germany acquired German citizenship, and Mr. Sollmann a former member of the German Reichstag, who has been living in the United States during the past three or four years, can likewise testify to this statement. The records of the Federal Court of the Eastern District of New York, for the year 1905 (Aug 5) will show my naturalization, furthermore Mr. Gustavus Miller of 3910 Fourth Avenue Brooklyn, N.Y. and Mr. Otto Wegener, were to the best of knowledge, witnesses to my application for citizenship.

To conclude I hereby declare that I have never since my American citizenship taken any steps to divest myself of my American nationality, nor taken any steps which would cause me to be an expatriate, that I am still an American citizen and was considered such by the German authorities.

That furthermore, as I am neither an anarchist, nor communist, nor belong to any political organization or party engaged in activities in the overthrow of government by illegal means or by force, that in fact I have not been involved in politics for years, but I am busy with my career as a teacher of languages, I can see no reason why I should not be granted an American passport for return to the United States for permanent residence.

In accordance with the terms of the Bancroft Treaty concluded between the United States and Bavaria in 1868, I automatically lost all ties, with my country of birth, because of my residence abroad for more than five years, founded on the constitutional law of Bavaria, and in consequence according to this ruling I was no longer considered as a national of Bavaria.«

⁵³) Diese Angabe widerspricht der schon erwähnten Stellungnahme des niederländischen Außenministers vom 25. November 1918.

Der amerikanische Vizekonsul versah die Erklärung mit folgender Stellungnahme:

»By the applicant's long residence abroad and his failure to hold out and maintain American citizenship, I believe that he is not entitled to receive a passport for any other purpose than for return to the United States provided that his American citizenship is established.« Infolgedessen wurde Minsters Antrag am 2. Dezember 1940 abgelehnt, da »the case as presented fails to show that the applicant has overcome the presumption of having ceased to be an American citizen«. Als Begründung wurde ein Gesetz vom 2. März 1907 angezogen, das die Staatsbürgerschaft bei längerer Abwesenheit von den Vereinigten Staaten regelte.

Minster erneuerte seinen Versuch am 8. März 1941. Wiederum teilte ihm der amerikanische Vizekonsul in Paris mit, er habe die Mutmaßung nicht abwehren können, daß er die amerikanische Staatsangehörigkeit verloren hätte, und deshalb sei er nicht berechtigt, den Schutz der Vereinigten Staaten in Anspruch zu nehmen. Dieses sage jedoch nicht, daß er die amerikanische Staatsangehörigkeit verwirkt hätte, und wenn er den Wunsch habe, sofort nach den USA zurückzukehren, um dort wohnen zu bleiben, sei es möglich, einen Paß auszustellen. Minster machte von diesem Angebot keinen Gebrauch. Die Gründe sind unbekannt.

Wann der Leidensweg des fast 69jährigen Minster durch die deutschen Gefängnisse seinen Anfang nahm, läßt sich nicht genau datieren. Neue Untersuchungen gegen ihn liefen jedenfalls schon kurz nach Kriegsausbruch, da die Gestapo-Stelle Düsseldorf, Außenstelle Essen, am 4. September 1939 Unterlagen sammelte. Am 10. Februar 1942 war Minster in Saarbrücken inhaftiert. 17 Tage später meldete die Gestapo-Außendienststelle Neustadt a. d. Weinstraße, »daß Minster in seinen Vernehmungen nur das zugab, was ihm durch Vorlegung von Beweismaterial einwandfrei nachgewiesen werden konnte«. Am 23. März 1942 waren die Vernehmungen in Neustadt abgeschlossen. Inzwischen hatte sich der Duisburger Kaufmann Hugo Pfeiffer, als Entführer Minsters aus dem 1. Weltkrieg unrühmlich bekannt, als Belastungszeuge gemeldet. Er machte seine Aussagen am 5. Mai. Sie gaben der Strafbemessung durch den Volksgerichtshof eine nicht unwesentliche Verschärfung. Am 27. Juli 1942 wurde Carl Minster wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es:

»Der Angeklagte ist eine staatsfeindliche Persönlichkeit von solchen Graden, wie sie selten die Gerichte beschäftigt hat. Seine Tätigkeit seit seiner Rückkehr von Amerika nach Deutschland im Jahre 1912 stellt eine lückenlose Kette von Anschlägen gegen den Bestand und die Sicherheit des Reiches dar. Den ersten Gipfelpunkt hat dieses verbrecherische Treiben des Angeklagten im Jahre 1917 erreicht, als er in Holland im Solde der alliierten Feindmächte unausgesetzt durch Wort und Schrift die Lüge von der deutschen Schuld am Weltkriege ver-

breitete. Auf der gleichen Linie bewegte sich seine volksverräterische Arbeit in der Separatistenregierung in der Pfalz und bei der Herausgabe der von Frankreich ausgehaltenen Zeitungen an der Saar. Diese schweren Verfehlungen des Angeklagten gegen sein Heimatland und sein angestammtes Volkstum konnten zwar wegen der bestehenden Straffreiheitsgesetze nicht zum Gegenstand der Aburteilung gemacht werden. Sie mußten aber zur Beleuchtung der Persönlichkeit des Angeklagten weitestgehend Berücksichtigung finden. Denn sie zeigen mit untrüglicher Schärfe die abgrundtiefe Verworfenheit und Gesinnungslosigkeit dieses Menschen, aber auch seine große Gemeingefährlichkeit auf. Erst in dieser Schau läßt sich die ganze Tragweite und Gefahr der abgeurteilten staatsfeindlichen Betätigung des Angeklagten in Deutschland und in Frankreich erkennen. Wer mit einer solchen verbissenen Entschlossenheit dem Deutschen Reiche Schaden zuzufügen und es lange Jahre hindurch wertvollster Gebietsteile zu berauben trachtet, der kann nur in der höchsten Strafe, die das Gesetz kennt, seine gerechte Strafe finden. Dabei kann es nicht entscheidend darauf ankommen, ob der Angeklagte die Staatsangehörigkeit eines fremden Staates besitzt oder nicht. Er ist ein Angehöriger des deutschen Volkes, an dem er Jahre hindurch den gemeinsten Verrat begangen hat. Ein solches Tun kann in keiner formalen staatsrechtlichen Bindung seine Rechtfertigung finden. Gegen den Angeklagten war daher auf die Todesstrafe als allein angemessene und zum Schutze des deutschen Volkes erforderliche Sühne zu erkennen.

Die Aberkennung bürgerlicher Ehrenrechte wurde gegen den Angeklagten nicht ausgesprochen, da er nicht Reichsdeutscher ist, deshalb keine deutschen Ehrenrechte besitzt.«

Am 11. September 1942 verzeichnete die Gestapo in Minsters Personalbogen, daß das Urteil bereits vollstreckt war. Der Nationalsozialismus kannte keine Gnade, obwohl er sich kurz vor Stalingrad noch auf der Höhe seiner Macht glaubte.

Carl Minster gehörte zu der kleinen Gruppe von Sozialisten, die – am Rande des Anarchismus – kompromißlos gegen den Militarismus, die Begleiterscheinungen des Kapitalismus und die autoritäre Staatsgewalt zu kämpfen glaubten. In der Wahl ihrer Mittel waren sie oft naiv und erkannten selten, daß ihr Handeln und ihre Bündnisse sie eigentlich in Konflikt mit ihrer sozialistischen Ethik brachten. Enttäuscht waren sie immer dann, sobald sich herausstellte, daß der Umgang mit der Macht den Sozialismus korrumpierte. Deshalb bevorzugten sie Parteien, die noch nicht in der Bürokratie großer Massenorganisationen erstarrt waren und stets in der Gefahr der Illegalität existierten. Das Sektierertum, das sie zu einem dialektischen Schwanken zwischen Ideal und Wirklichkeit verurteilte, wurde ihr häufig belächeltes Schicksal.

Nur wenige mußten glücklicherweise den Weg so konsequent bis zum Ende gehen wie Carl Minster. Und unter diesen wenigen ist das Los Minsters besonders tragisch, weil er, trotz aller Irrungen, das Prinzip reiner Menschlichkeit

ohne Rücksicht auf seine Person zu verkörpern und zu verwirklichen suchte. Deshalb ging er in die Vereinigten Staaten; deshalb kehrte er 1912 nach Deutschland zurück; deshalb kämpfte er gegen den Burgfrieden der Sozialdemokratie mit dem autoritären Staat; deshalb wollte er keinen Wehrdienst leisten und förderte in Holland Desertion und Deserteure; deshalb brach er mit der Kommunistischen Partei; deshalb verließ er das nationalsozialistische Deutschland und arbeitete mit Separatisten an der Saar zusammen; deshalb schließlich mußte ihn ein nationalsozialistischer Volksgerichtshof zum Tode verurteilen. Carl Minster paßt nicht in das dogmatische Schema politischer Parteien, die er wechselte, um sie seinen Vorstellungen anzupassen und nicht umgekehrt, wie es bei uns üblich geworden ist. Gerade deshalb sollte er nicht vergessen werden, wenn von denen die Rede ist, die für ein demokratisches, friedliebendes Deutschland ihr Leben ließen.

